



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Nr.39

Dezember 1990

DM 2,50

ZUR GESCHICHTE, GEGENWART UND ZUKUNFT DER WESTBERLIN- FRAGE

**Mit aller Kraft gegen die
imperialistische Lösung der
Westberlin-Frage ankämpfen !**

**Die proletarische Revolution in
der besonderen Lage Westberlins
vorbereiten !**

☆ "Keine Bundeswehr in Westberlin" WBK-Flugblatt November 1990

☆ "Polizeiterror der westdeutschen Imperialisten gegen die
Hausbesetzer-Bewegung in Berlin/DDR" WBK-Flugblatt Dezember 1990

INHALT:

Vorbemerkung	S. 3
DIE EINVERLEIBUNG WESTBERLINS IST KEINESFALLS "ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN"	S. 4
DIE FAKTISCHE EINVERLEIBUNG WESTBERLINS - JAHRZEHNTELANG VORREITER FÜR DIE EINVERLEIBUNG DER DDR	S. 6
DIE WESTBERLIN-FRAGE - KNOTENPUNKT DER NACHKRIEGSENTWICKLUNG DEUTSCHLANDS	S. 7
* Das "Potsdamer Abkommen" über die Nachkriegs- entwicklung des besiegten Deutschland	S. 10
ZIEL DER SPALTUNGSPOLITIK DES WESTDEUTSCHEN MONOPOLKAPITALS - ERRICHTUNG SEINER HERRSCHAFT IN GANZ DEUTSCHLAND	S. 12
Die Spaltung Deutschlands als Mittel des Wieder- erstarkens des deutschen Monopolkapitals	S. 12
* Die Spaltung des Berliner Magistrats 1945 - 1950: DER KAMPF DER WESTDEUTSCHEN MONOPOL- BOURGEOISIE UM DIE EINVERLEIBUNG GROSS-BERLINS	S. 14
Westberlin - Brückenkopf inmitten der DDR	S. 16
Der Verrat der modernen Revisionisten hat die Einverleibung der DDR und Westberlins erst ermöglicht	S. 17
* Die "Luftbrücke" - ein gigantisches Militär- und Propagandamanöver der Westmächte und der westdeutschen Monopolbourgeoisie	S. 18
DIE WESTBERLIN-FRAGE UND DIE PERSPEKTIVE DER PROLETARISCHEN REVOLUTION	S.22
☆	
Aus dem Flugblatt des WBK "Keine Bundeswehr in Westberlin!" (November 1990)	S.26
Aus dem Flugblatt des WBK "Polizeiterror der westdeutschen Imperialisten gegen die Hausbesetzer-Bewegung in Berlin/DDR (Dezember 1990)	S.29

ZUR GESCHICHTE, GEGENWART UND ZUKUNFT DER WESTBERLIN-FRAGE

★ Mit aller Kraft gegen die imperialistische Lösung der Westberlin-Frage ankämpfen!

★ Die proletarische Revolution in der besonderen Lage Westberlins vorbereiten!

Jahrzehntelang hat der westdeutsche Imperialismus die Einverleibung Westberlins vorangetrieben, denn Westberlin war für ihn ein Faustpfand inmitten der DDR, das seinen Anspruch auf die ganze DDR untermauern sollte.

Am 3. Oktober 1990 konnte der westdeutsche Imperialismus die politische und juristische Einverleibung der DDR vollziehen, abgesegnet von den ehemaligen alliierten Mächten im sogenannten "Zwei plus Vier"-Vertrag. Damit geriet auch Westberlin unter die Oberhoheit des westdeutschen Imperialismus. Auch wenn von den ehemaligen alliierten Mächten die Einverleibung Westberlins sanktioniert wird, es ist und bleibt Unrecht. Westberlin gehört niemals rechtmäßig zur Bundesrepublik.

Ein solche "Lösung" der Westberlin-Frage im Interesse des westdeutschen Imperialismus, gebilligt von den englischen und französischen Imperialisten, von den US-Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten, muß als imperialistisches Komplott verurteilt werden.

Dies bedeutet, daß die Grundprobleme der Nachkriegsgeschichte Deutschlands, die an der Entwicklung der Westberlin-Frage besonders deutlich werden, weiter fortbestehen:

★ Der Versuch des westdeutschen Imperialismus die Folgen der Niederlage im 2. Weltkrieg abzuschütteln, die Geschichte zu revidieren, gegen die Interessen der Völker, die gegen den Nazi-Faschismus gekämpft und ihn niedergeschlagen haben.

★ Der Versuch, die unrechtmäßige Einverleibung Westberlins als rechtmäßigen Anspruch der Bundesrepublik auf die ganze DDR auszugeben.

★ Der Versuch, die vom westdeutschen Imperialismus hergestellte "Einheit Deutschlands und Berlins" als im Interesse der Werktätigen zu verkaufen.

Es ist unübersehbar, daß der westdeutsche Imperialismus hierbei große Erfolge für sich verbuchen kann. Gerade in Westberlin ist dagegen kein konsequenter Kampf möglich, wenn dem westdeutschen Imperialismus auch nur ein Zugeständnis bei seiner Politik der Einverleibung gemacht wird, wenn die imperialistische "Lösung" der Westberlin-Frage nicht ohne wenn und aber bekämpft wird. Dies erfordert die aktuelle Lage, und dies wird durch die ganze Geschichte der Westberlin-Frage unterstrichen.

Aus diesen Gründen wollen wir prinzipiell zur Westberlin-Frage Stellung beziehen. Wir führen damit die Linie fort, die wir seit 15 Jahren entwickelt und verteidigt haben. Mit der Nummer 1 des WBK im Dezember 1975 wurden zum erstenmal Grundsteine der Linie der proletarischen Revolution in Westberlin und zur Westberlin-Frage dargelegt. Die ganze jüngste Geschichte hat bewiesen und belegt, daß die im Geburtsdokument des WBK eingeschlagene Orientierung richtig war und weiter fortgesetzt werden muß. Trotz alledem!



Die Einverleibung Westberlins ist keinesfalls "erfolgreich abgeschlossen"

Auch wenn der westdeutsche Imperialismus scheinbar mühelos die historische Niederlage im 2. Weltkrieg weitgehend überwunden hat, auch wenn er die Einverleibung der DDR und die Einverleibung Westberlins auf den ersten Blick ohne Mühe über die Bühne bringt: das letzte Wort ist noch nicht gesprochen!

Im Gegenteil, viele Probleme werden erst jetzt richtig und in ihrem Umfang sichtbar. Dies gilt vor allem für die von ihnen Betroffenen, in der DDR, aber auch in Westberlin.

Für viele Westberliner war es nach der Öffnung der Mauer, angesichts der zahlreichen Besucher aus Berlin/Hauptstadt und aus der Umgebung Brandenburgs sinnlich wahrnehmbar, daß Westberlin tatsächlich inmitten der DDR und auf ihrem Territorium liegt und keinesfalls ein Bestandteil Westdeutschlands ist. Viele Werktätige Westberlins beobachteten mit Befremden, welche Anziehungskraft die "Schaufenster des Westens" auf die Bevölkerung in der Umgebung Westberlins ausübte, wissen sie doch aus eigener Erfahrung, daß ein Arbeiterlohn keinesfalls ausreichend ist, allen lockenden Angeboten der bunten Warenwelt zu folgen. Die Werktätigen aus der DDR merkten aber bald, daß "freie Marktwirtschaft" im Westen keineswegs "golden" ist. Die Stimmen mehrten sich, die laut feststellen: was nutzen uns all die Warenangebote, wenn uns das Geld dafür fehlt.

Vielen Arbeiterinnen und Arbeitern der DDR kommen aus den unterschiedlichsten Beweggründen mittlerweile Bedenken, ob die "Währungsunion" und die "deutsche Einheit" wirklich eine gute Idee waren, jedenfalls habe man sich das so nicht vorgestellt. In der Tat ist es für die Werktätigen der DDR drückend und schmerzlich, wie zu ihren Lasten die westdeutschen Imperialisten im Blitzverfahren die Einverleibung der DDR im Kolonialherrenstil durchziehen.

Diese Zustände sind auch für die westberliner Werktätigen nicht zu übersehen, finden sie doch in der nächsten Umgebung statt, sind oft Verwandte und Bekannte davon betroffen. Aber die Einverleibung der DDR und die damit einhergehende erheblich weiter voran-

schreitende Einverleibung Westberlins, steigert den Druck auch auf die westberliner Werktätigen ganz direkt und massiv. Sie sollen, ginge es nach den Herrschenden, "nationale Opfer" bringen und die Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen aus "nationalen Interessen" hinnehmen.

Jede Arbeiterin und jeder Arbeiter in Westberlin weiß dies, verfolgt dies mit Aufmerksamkeit und spricht darüber mit seinen Kolleginnen und Kollegen. Es ist einfach nicht zu übersehen, daß die "Berlin-Zulage" früher oder später wegfallen wird und daß dies gravierende Löcher in die Lohntüte reißen wird. Allein diesen Lohnraub in den kommenden Tarifkämpfen wettzumachen, wobei steigende Inflation und die Verteuerung überhaupt noch hinzukommen, das wird schwer werden, aber es muß mit aller Macht versucht werden.

Der Druck von oben wird auf allen Gebieten wachsen, aber auch die Einsicht, daß nur verstärkte Gegenwehr und entschlossener gemeinsamer Kampf von unten das einzig wirk-same Gegenmittel sind.

Die westberliner Kapitalisten wissen um das Druckmittel, daß die gewaltigen Heere der Arbeitslosen in der Umgebung Westberlins zusätzlich zu der ohnehin schon großen Zahl in Westberlin, geschickt genutzt, ausrichten kann. Schon jetzt verstehen es die Unternehmer, die Waffe der "Betriebsverlagerung" in das Umfeld von Westberlin zu nutzen, wobei sie einen kleinen Teil der "Stammebelegschaft" aus dem "Westen" mitnehmen und im "Osten" zu weit schlechteren Bedingungen – längere Arbeitszeit und fast die Hälfte des Lohns – neu einstellen. Nicht selten werden die Werktätigen damit erpresst, um jetzt noch Sonder-schichten zu fahren, um zusätzliche Gewinne aus ihnen herauszupressen, denn das Geschäft mit der DDR bringt in vielen Bereichen saftige Steigerungsraten und horrenden Gewinne.

Doch die betriebliche Ebene ist nicht die Einzige, bei der die Werktätigen am eigenen Leibe verspüren, daß die Einverleibung Westberlin im Zuge der Einverleibung der DDR auf ihrem Rücken durchgeführt wird. Schon wirkt die

"Hauptstadt" ihre Schatten voraus. Bezahlbare Wohnungen jedenfalls mit einem Arbeiterlohn, sind im Grunde nicht mehr zu bekommen. Die Obdachlosenzahlen steigen, und all dies wird sich weiter verschärfen.

Gerade in den Industriegebieten in und um Berlin vermehrt sich die Kurzarbeit und steigen die Arbeitslosenzahlen gewaltig an, die Verelendung der Werktätigen nimmt immens zu. Dies wird zu Empörung, zu Protesten, zu Arbeitskämpfen, möglicherweise zu Kampfaktionen gegen den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus und seine im kolonialistischen Stil verwalteten DDR-Unterapparate führen. Und wer will ausschließen, daß sich diese Kämpfe dahin weiter entwickeln, daß die "Einheit" überhaupt in Frage gestellt wird und als die falsche Alternative zum verrotteten revisionistischen System der DDR erkannt wird und daß dies der Einsicht Raum schafft, daß dort eigenständige revolutionäre Perspektiven für einen wirklichen Sozialismus eingeschlagen werden müssen.

All dies bleibt sicher nicht ohne Auswirkung auf die westberliner Werktätigen, für die offensichtlich sein muß, daß sie inmitten der einverleibten DDR keine "Insel der Seligen" sind. Zweifelsohne sind die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse Westberlins und der Arbeiterklasse der DDR sehr verschieden, nicht nur in der aktuellen Situation sondern vor allem aufgrund der ganz anderen Vorgeschichte. Aber gerade die im Blitzverfahren durchgeführte Einverleibung der DDR bietet reichlich Anschauungs- und Erfahrungsmaterial, um sich bewußt zu machen, welcher Art die Herrschaften sind, die das System des westdeutschen Imperialismus repräsentieren, es sind die gleichen, die seit Jahrzehnten die Einverleibung Westberlins vorangetrieben haben.

Es sind die gleichen, die heute "Opfer" für die "Einheit" verlangen, und doch so überdeutlich machen, welche Funktion Westberlin das für sie immer nur "Berlin" war, in ihrem Bestreben einnimmt. Wie selbstverständlich waren Diepgen und Momper Spitzenkandidaten für den Regierenden Bürgermeister für Großberlin, wie selbstverständlich übernimmt die westberliner Polizei den Oberbefehl in ganz Berlin, wie selbstverständlich übernehmen westberliner Abteilungen der Stadtverwaltung die "Reorganisation" der Verwaltung in Berlin/Hauptstadt.

Der Griff nach ganz Berlin wird die Widersprüche in Westberlin keinesfalls abschwächen, ganz im Gegenteil werden sich alle ohnehin schon bestehenden Probleme erst recht verschärfen. Der Zündstoff für Proteste und Kämpfe gegen den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus wird ganz sicher zunehmen.

Gründe dafür gibt es in Westberlin genug und es kommen neue hinzu und gerade solche, die das Augenmerk auf die Einverleibung Westberlin durch den westdeutschen Imperialismus richten. Am deutlichsten ist die Ausdehnung der Bundeswehr auf Westberlin. Schon sind die ersten Stellungsbefehle verschickt, besonders an jene, die sich mit ihrem Umzug nach Westberlin "der Wehrdienstpflicht entzogen" haben. Aber potentiell sind davon alle männlichen werktätigen Jugendlichen betroffen, um für die Interessen ihrer kapitalistischen Herren in den Krieg zu ziehen, an den Golf oder nach Kurdistan. Damit ist heute vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte Westberlins ganz praktisch deutlich, daß der Kampf gegen die Einverleibung keineswegs nur eine Frage von historischer Bedeutung ist, sondern ganz aktuell, buchstäblich zu einer Lebensfrage aller Werktätigen geworden ist.

Wer also glaubt, mit der Einverleibung Westberlin im Zuge der Einverleibung der DDR sei "alles gelaufen", diese sei bereits "abgeschlossen", der irrt. Die westdeutschen Imperialisten müssen befürchten, daß sich Proteste und Klassenkämpfe entwickeln, die die gerade zusammengezwängte "Einheit" wieder sprengen könnten.

Hinzukommt, daß sie in Westberlin jetzt zwar de jure die Oberherren sind, de facto bleiben aber noch die Truppen ihrer imperialistischen Konkurrenten in Westberlin bis 1994 stationiert, mit ungeklartem Status. Eine Verschärfung der Widersprüche zu den US-Imperialisten und zu den anderen ehemals alliierten westlichen Imperialisten ist angesichts des Vormarsches der westdeutschen Imperialisten durchaus nicht ausgeschlossen, was zwangsläufig Auswirkungen auf die Lage in Westberlin hatte. Auch die mehreren hunderttausend sowjetischen Soldaten mit ihren Familien in der DDR sind angesichts der verworrenen und burgerkriegsähnlichen Zustände in der sozialimperialistischen Sowjetunion ein Faktor, der noch einigen Sprengstoff enthält.

Wir meinen, allein dies sind schon gute Gründe, warum die von den westdeutschen Imperialisten geschaffenen "Tatsachen" nicht einfach hingenommen werden dürfen. Sie haben beileibe nicht alles im Griff. Im Gegenteil: die Möglichkeiten wachsen, um ihnen noch mehr Schwierigkeiten zu bereiten, den Kampf gegen die Einverleibung Westberlins und den

Kampf gegen die Einverleibung der DDR zu verstärken. Sie behaupten, sie hätten die Westberlin-Frage "gelöst". Aber sie haben mit dieser imperialistischen Lösung lediglich ein neues Kapitel in der Westberlin-Frage und des Kampfes für ihre wirkliche Lösung aufgeschlagen.

Die faktische Einverleibung Westberlins - jahrzehntelang Vorreiter für die Einverleibung der DDR

Obwohl Westberlin, das erst infolge des Bruchs des Potsdamer Abkommens durch die Westalliierten und durch die Spaltung Deutschlands entstand, auf dem Territorium der DDR liegt, kein Bestandteil des Staatsgebietes der Bundesrepublik Deutschland ist und auch nicht von dort regiert werden durfte, hat es die westdeutsche Monopolbourgeoisie vermocht, ihr ökonomisches und politisches System hier fest zu installieren. Sie verfügte über wichtige Teile des Staatsapparates, insbesondere über eine große Polizeistreitmacht mit paramilitärischem Charakter.

Diese faktische Einverleibung manifestierte sich u.a. in der Währungseinheit Westberlins mit Westdeutschland. Bundesbehörden wurden in Westberlin angesiedelt. Der Geltungsbereich von Bundesgesetzen wurde quasi automatisch auf Westberlin ausgedehnt. Westberlin war als "Land Berlin" im Bundesrat vertreten.

Von Anfang an wurde Westberlin zur Frontstadt gegen das in den 50er Jahren noch existierende sozialistische Lager gemacht, zum

Hebel, um die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der SBZ/DDR zu sabotieren und zu zerschlagen. •

Es wurde zur vorrangigsten Aufgabe dieser Stadthälfte erklärt, "die Konsolidierung und Stabilisierung der Sowjetzone so weit wie möglich zu erschweren oder so sehr wie möglich zu verlangsamen" (Willy Brandt, Die Welt, 10.2.1958). Westberlin als Frontstadt war immer auch der erste Schritt zur Einverleibung der DDR, ihre Unterwerfung unter das westdeutsche Monopolkapital.

Alle Bemühungen, diese faktische Einverleibung als rechtmäßig hinzustellen und die Stadt als 11. Bundesland zu behandeln, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Westberlin Besonderheiten existierten, die diese Halb-Stadt eben von jedem anderen westdeutschen Bundesland unterscheiden. Auch wenn im Verlaufe der Jahre diese verwässert wurden, ihre Überreste blieben erfahrbar. Der westdeutsche Imperialismus konnte noch nicht völlig frei "schalten und walten". Dazu zählten die "besonderen Rechte" der Alliierten.

•

Wenn wir in dieser Nummer die positiven Ansätze und Entwicklungsmöglichkeiten betonen, die direkt nach 1945 in der Sowjetisch Besetzten Zone existierten, und die nach 1949 in der DDR ihre Fortsetzung hätten finden können, dann stellt sich die Frage, wie es möglich war, daß die DDR zu einer widerwärtigen Karikatur auf den Sozialismus verkommen konnte, zu einer in vieler Beziehung schlechten "Kopie" des Kapitalismus im Westen, die dem westdeutschen Imperialismus wie eine faule Frucht in den Schoß fiel. Die DDR war schon lange nicht mehr auf dem Weg zum Sozialismus. Die hoffnungsvollen Keime der Anfangsjahre wurden erstickt – nicht durch eine offene Konterrevolution, sondern durch die schleichende Entwicklung der Führung der DDR und SED von Dienern der Arbeiterklasse zu Herren, zu neuen Ausbeutern mit dem Staatsapparat in der Hand, der aus einer Waffe der Arbeiter zur Waffe gegen die Arbeiter wurde. Der Prozeß der Revision der grundlegenden Lehren des Marxismus-Leninismus

in Theorie und Praxis ging einher mit der Restauration des Kapitalismus. Der vorherrschende Antikommunismus in Westberlin ist wesentlich mitgeprägt von der negativen Entwicklung der DDR zu einem abschreckenden Beispiel, zu einem Zerrbild der einzigen Staatsmacht, die wirklich die Interessen der Mehrheit der Werktätigen vertritt: die Diktatur des Proletariats.

Für die Marxisten-Leninisten ist es notwendig, die Ansätze und Versuche der Arbeiterklasse in der DDR auf dem Weg zum Sozialismus umfassend und kritisch zu analysieren und gleichzeitig die Wurzeln für die Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie aufzudecken. Zusammen mit unserer Geschwisterorganisation in Westdeutschland, GEGEN DIE STRÖMUNG, werden wir die Entwicklung der SED aufarbeiten und die Ergebnisse veröffentlichen.

ten in Westberlin. Dazu gehörte, daß gemäß internationalem Abkommen Westberlin nicht von der Bundesrepublik aus regiert werden durfte, daß die westberliner Bevölkerung keine stimmberechtigten Bundestagsabgeordneten wählten, daß die Bundeswehr offiziell nicht präsent sein durfte, oder daß Parteien wie die NPD in Westberlin als Nazi-Organisation verboten waren.

Aber zugleich wird an diesen Punkten deutlich, daß seit dem 3. Oktober 1990 die Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus vervollständigt wurde. Das Besatzungsstatut wurde mit dem "Vier-plus-zwei-Vertrag" aufgehoben, auch wenn nach wie vor die Truppen der US-Imperialisten, der französischen und englischen Imperialisten hier stationiert sind. Wie selbstverständlich agiert hier der westdeutsche Bundesgrenzschutz und westdeutsche Polizei, demonstrierend

tiv vor aller Welt am 3. Oktober. Westberlin wird zum Wehrerfassungsbereich für die Bundeswehr, auch wenn diese heute noch nicht stationiert wird.

Welche Verträge die westdeutschen Imperialisten auch immer abgeschlossen haben, es ändert nichts an der Wahrheit: Westberlin war nie Teil der Bundesrepublik und die Einverleibung bleibt Unrecht!

Es ist dies die Fortsetzung und das Ergebnis jener Nachkriegspolitik des westdeutschen Monopolkapitals, das alles daran setzte, der gerechten Bestrafung durch die Völker, die im Potsdamer Abkommen festgelegt wurde, zu entgehen, und stets danach strebte, alle Ergebnisse des 2. Weltkriegs, die aus der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands vor den Mächten der "Anti-Hitler-Koalition" resultierten, beiseitezuschieben und rückgängig zu machen.

Die Westberlin-Frage - Knotenpunkt der Nachkriegsentwicklung Deutschlands

Die Ungeheuerlichkeit und das ganze Ausmaß der Einverleibung der DDR und Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus läßt sich nur dann richtig begreifen, wenn man zum Maßstab nimmt, mit welchem Ziel der weltweite Kampf der Völker gegen Nazi-Deutschland geführt wurde. Dieses Ziel wurde besonders im "Potsdamer Abkommen" manifestiert: kein kriegstreiberisches und faschistisches Deutschland mehr zuzulassen, ein demokratisches und friedliebendes Deutschland zu schaffen. •

Der Raubkrieg, den der Nazi-Faschismus entfesselt hatte, war der grausamste und blutigste der bisherigen Weltgeschichte. Er kostete weit über 50 Millionen Menschen das Leben.

Die Verbrechen der Nazi-Henker gegenüber den Völkern der Welt übertrafen alle Schrecken, Greueltaten und Kriegsverbrechen in der bisherigen Geschichte. Nazi-Wehrmacht, eine Million SS-Schergen, zehntausende Gestapo-Leute, Polizei, große und kleine Henker errichteten Galgen, KZs und Vernichtungslager, erbauten ein System von Mord und Totschlag in allen besetzten Ländern und innerhalb Deutschlands. Die Völker der Welt, die in einem heldenhaften und aufopferungsvollen Kampf den Nazi-Faschismus besiegten, hatten das Recht und die Pflicht, die Vernichtung des Nazismus mit all seinen Wurzeln zu verlangen, um zu verhindern, daß von Deutschland je wieder ein imperialistischer Krieg ausgehen konnte.

•

Um dieses Ziel erreichen zu können, sollten maximale Garantien und Voraussetzungen geschaffen werden und waren im "Potsdamer Abkommen" wichtige Eingriffe in Deutschland vorgesehen, die in der SBZ auch durchgeführt bzw. in Angriff genommen worden waren. Dieses Ziel konnte auf Dauer nur gesichert werden, wenn die Grundlagen des Faschismus und der imperialistischen Kriegstreiberei ausgerissen werden, d.h. wenn es der Arbeiterklasse im Bündnis mit der armen Bauernschaft und den anderen Ausgebeuteten gelungen wäre, über die Verwirklichung antifaschistischer Ziele hinaus die sozialistische Revolution durchzuführen.

In Berlin konzentrierte sich nach 1945 die Entwicklung in Deutschland am deutlichsten und alle Widersprüche zwischen den damaligen zwei Lagern, dem imperialistischen und reaktionären auf der einen Seite, dem kommunistischen und antifaschistischen auf der anderen Seite, traten hier am schärfsten zu Tage.

Berlin, als historische Hauptstadt und Zentrum der faschistischen Bestie wurde in den Verträgen der Anti-Hitler-Koalition nicht zufällig als "besonderes Gebiet" behandelt. Berlin sollte als Hauptstadt eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands, in dem "Militarismus und Nazismus ausgerottet werden" und das "niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann" ("Potsdamer Abkommen") bestehen bleiben.

Einzig und allein aus diesem Grunde, quasi als Symbol, wurde auch Groß-Berlin in vier Sektoren aufgeteilt, von den USA, Frankreich, England und der Sowjetunion besetzt, um die gemeinsame Verantwortung der alliierten Siegermächte für eine demokratische und friedliche Entwicklung ganz Deutschlands zu unterstreichen.

Um die Verbindlichkeit der Beschlüsse, vor allem der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam für alle Teilnehmer zu unterstreichen, deren Durchführung und Kontrolle zu gewährleisten, wurde auch der Sitz der Besatzungsregierung für ganz Deutschland, der alliierte Kontrollrat, in Berlin untergebracht.

Dabei war eines ganz klar: Berlin war kein Teil der Besatzungszonen des Westens. Berlin als Ganzes lag eindeutig auf dem Gebiet der sowjetisch besetzten Zone und gehörte zu ihr. Es war überhaupt ein nicht geringes Zugeständnis der Sowjetunion zur Zeit Stalins im Interesse einer antifaschistischen Ordnung Deutschlands, den westlichen Alliierten zu gestatten, in der sowjetisch besetzten Zone präsent zu sein. Es zeigte, daß es bei der Niederschlagung Nazi-Deutschlands nicht darum ging, daß sich die Sieger jeweils ein Stück aus Deutschland herauschneiden, entsprechend dem Teil, den sie befreit hatten, sondern daß mit Hilfe der Siegermächte das deutsche Volk die Chance auf ein anderes, demokratisches Deutschland bekommen sollte.

Doch die westlichen Alliierten, die französischen, englischen und US-amerikanischen Imperialisten verhinderten durch die Spaltung Deutschlands im Interesse der Stärkung der westdeutschen Bourgeoisie als Verbündete im Kampf gegen das damals sozialistische Lager, vor allem gegen die Stalinsche Sowjetunion, daß diese historisch einmalige Möglichkeit in ganz Deutschland verwirklicht wurde.

P. u. b. / Bundesagentur Wien / Verlagsgesamt Wien 1108

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICH
Nummer 238 November 1989 Preis S 10,-

DIE SKANDALÖSE PLEITE DER REVISIONISTISCHEN VERRÄTER- REGIMES UND IHRE FOLGEN

Wessen Pleite?

Seit Wochen sind wir Zeugen einer ungeheuerlichen, geradezu beispiellosen Pleite der Revisionistenregimes in Rußland und Polen, in Ungarn und in der CSSR, insbesondere aber auch in der DDR.

In den krassen Formen bestätigt sich da mit das, was die RF und die MLPO seit den Sechzigerjahren immer wieder vorausgesagt, worin sie vom Moment ihrer Gründung an immer wieder eindringlich gewarnt haben:

Die 1956 mit dem berüchtigten 20. Parteitag begonnene und sich vor allem im Antistalinismus äußernde direkte Abkehr vom revolutionären, marxistisch-leninistischen Weg, die Revision, Verfälschung und Vernichtung aller revolutionären Theorien und Praxis muß unvermeidlich zur Katastrophe führen. Das bedeutet die Untergrabung und Zerstörung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, den Verlust aller revolutionären Errungenschaften, den Rückfall in die fluchbeladene kapitalistische Vergangenheit.

Als wir das vor nun schon mehr als 25 Jahren aufzuzeigen begannen, ja bis in die jüngste Vergangenheit hinein, haben uns selbst relativ bewußte und engagierte Aktivistinnen und Aktivisten der revolutionären Bewegung belächelt, haben uns nicht geglaubt, meinten:

Aus dem Inhalt

Zur Entwicklung in der DDR

"Neuordnung Europas" - das heißt heute Annulierung der Ergebnisse des Sieges über den Hitlerfaschismus

Das Trugbild der "Entspannung" und die Tatsache der Vorbereitung des Szenarios für einen 3. Weltkrieg

Zur Rolle des österreichischen Imperialismus

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
Nr. 50 Mai 1990 2,50 DM

Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus!

Gegen die Einverleibung der DDR!

Die Schritte zur Einverleibung der DDR in das gesamte System der Bundesrepublik Deutschland das Getöse darum beherzigen die Medien der letzten Monate und Wochen. Gerade weil in der sogenannten Öffentlichkeit das heißt in den Medien des westdeutschen Imperialismus nur noch über das "Wie" der Einverleibung heftig gestritten wird, ist es um so dringlicher nötig, frontal diese Politik der Einverleibung der DDR zu bekämpfen.

Warum? Ganz gewiß nicht, weil in der DDR angeblich Sozialismus existiert, den es zu bewahren gelte. Nein, die DDR war längst eine besondere Form eines kapitalistischen Staates mit einer herrschenden Ausbeuterklasse, die sich als SED treu bezeichnete, aber mit den Ideen des Sozialismus noch soviel zu

tu hatte wie Kahl und Geißler mit dem Urchristentum.

Nein, Parolen und Illusionen, daß es gelte, eine sozialistische DDR zu verteidigen, gehen völlig an der Realität vorbei. Es gibt längst keine DDR auf dem Weg des Sozialismus mehr. Die ersten durchaus auch positiven Ansätze und Versuche direkt nach 1945 zunächst in der sowjetischen Besatzungszone, dann nach 1949 in der DDR, den Weg des Sozialismus anzuhängen, endeten jedoch rasch auf einem Weg der Abkoppelung einer kleinen Clique der oberen Zehntausend, die die große Masse der Werktätigen ausbeuteten und unterdrückten und die Mächtigkeiten und Verhältnisse im "Westen" mehr oder minder getreu zu kopieren begannen. Das Ergebnis dieser Imitation des We-

Die Radikale Linke beruft sich auf die "Gnade der undeutschen Geburt!"
Kritik an der "Radikalen Linken" S 18

Bei der Beantwortung der Frage, woher kommt eigentlich das Westberlin-Problem muß zunächst bewußt sein: mit Erfüllung des "Potsdamer Abkommens" auch in den Westzonen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins wäre eine Westberlin-Frage nicht entstanden.

Die Verantwortung für das Problem Westberlins tragen die westlichen imperialistischen Alliierten, da sie die "gesamte deutsche Industrie welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann" nicht ausgeschaltet haben wie das "Potsdamer Abkommen" es vorsah sondern die deutsche Monopolbourgeoisie wieder hochpappelten die alten Nazi-Funktionäre wieder in Amt und Würden einsetzten und zusammen mit der deutschen Monopolbourgeoisie mitsamt ihren Lakaien in Verwaltungen und Parteien Deutschland spalteten. Sie haben das "Potsdamer Abkommen" gebrochen und damit die von den Völkern im Kampf gegen den Nazi-Faschismus gemeinsam festgelegten Ziele. Aus diesem Grunde hatten die westlichen Alliierten längst kein Recht mehr auf dem Gebiet von Berlin zu verbleiben denn ihre Anwesenheit war an die Verwirklichung dieser Ziele gebunden.

Die imperialistischen Westmächte und die von ihnen hochgepappelte deutsche Monopolbourgeoisie die sich nie mit der Niederlage im 2. Weltkrieg abgefunden hatte dachten jedoch gar nicht daran die Westsektoren Berlins zu verlassen und dieses Gebiet an die sowjetischen Besatzungsorgane bzw. später an die DDR zurückzugeben.

Um das westberliner Territorium als Vorposten inmitten der SBZ gegen das damals noch sozialistische Lager zu sichern mußten sie eine Begründung konstruieren mit der sie ihrer militärischen Präsenz in Westberlin den Schein der Rechtmäßigkeit verleihen konnten.

Zuerst stellten sie die Spaltung als Werk der Stalinschen Sowjetunion hin. Dann verwiesen sie demagogisch auf ihre im "Potsdamer Abkommen" festgelegte Verantwortung für ganz Deutschland, eine Verantwortung die sie mit dem Bruch des Abkommens in Wirklichkeit längst verwirkt hatten. Diese bestanden nun angeblich fort bis zum Zeitpunkt der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Bis dahin betrachteten sie ihre militärische Präsenz in Westberlin und die Aufrechterhaltung eines Besatzungsstatus für "rechtmäßig".

Mit dieser "Konstruktion" die demagogisch an das "Potsdamer Abkommen" anknüpfte richteten sie in den Berliner Westsektoren am 21.12.1948 ohne die mindeste rechtliche Legitimation eine separate Dreimachtkommandantur (also Regierung) ein. Mit der Berufung auf ein angebliches "unveräußerliches Recht des Siegers" stellten sie ihren Anspruch auf zeitlich faktisch unbegrenzte Besatzungsrechte in Westberlin. Derartige "Rechte" hat es aber niemals gegeben. Mit dem "Potsdamer Abkommen" war dies völlig unvereinbar.

Dieser Besatzungsstatus hinderte die westlichen Alliierten jedoch nicht Westberlin zur Aufpappelung des westdeutschen Imperialismus und zur Befriedigung seiner Ansprüche de facto an ihn auszuliefern. Lediglich um die angebliche Rechtmäßigkeit der weiteren Präsenz der Alliierten in Westberlin zu legitimieren mußten sie formal darauf beharren daß Westberlin nicht zu Westdeutschland gehört.

Trotz Besatzungsstatus und militärischer Präsenz der westlichen imperialistischen Alliierten regierte faktisch der westdeutsche Imperialismus in Westberlin. Im Ergebnis der "2+4-Verhandlungen" wurde der Besatzungsstatus aufgehoben und der westdeutsche Imperialismus erlangte auch de jure die Oberhoheit. Aber mindestens die nächsten vier Jahre besteht die unveränderte militärische Präsenz der westlichen Alliierten noch fort.

Auf die "Einheit Deutschlands" wie sie mit der Einverleibung der kapitalistisch-revisionistisch verkommenen DDR auf imperialistischer Basis vollzogen wird hat das westdeutsche Monopolkapital mit Hilfe der westlichen imperialistischen Alliierten von Anfang an hingearbeitet. Berlin soll unter dem Wahrzeichen des größten Rüstungskonzerns unter dem Mercedes-Stern auf dem Potsdamer Platz Hauptstadt einer imperialistischen Großmacht werden die die Völker der Welt erneut mit Krieg bedroht und neue Raubkriege vorbereitet. Mit den Interessen der Völker und des deutschen Volkes, mit den Hoffnungen und Zielen die sich mit dem Hissen der roten Fahne am 8. Mai 1945 auf dem Reichstagsgebäude verbanden hat dieses "vereinigte Deutschland" mit der "Hauptstadt Berlin" nichts aber auch gar nichts zu tun.



Das "Potsdamer Abkommen" über die Nachkriegsentwicklung des besiegten Deutschland

Wenn wir Auszüge aus dem "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 heute abdrucken, so ist uns bewußt, daß wesentliche Änderungen der Lage seit der Abfassung dieses Abkommens stattgefunden haben. Der westdeutsche Imperialismus ist wieder zu einer aggressiven kriegstreiberischen imperialistischen Großmacht erstarkt. Die DDR, seit über 30 Jahren revisionistisch-kapitalistisch verkommen, wird vom westdeutschen Imperialismus mit großen Schritten einverleibt. Auch das damalige sozialistische Lager existiert seit dem Verrat der Chruschtschow-Revisionisten in der Sowjetunion nach Stalins Tod nicht mehr und die Sowjetunion hat sich aus einem blühenden sozialistischen Land in eine verrottete imperialistische Großmacht verwandelt.

Aus diesen Gründen müssen wir heute betonen, daß die Vertragswerke der Vergangenheit, wie das "Potsdamer Abkommen" (oder auch der Stalinsche Entwurf für einen Friedensvertrag von 1952) als Ganzes natürlich nicht mehr Basis für politische Lösungen der infolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Probleme sein können.

Und dennoch: Viele besondere Punkte im "Potsdamer Abkommen" unterstreichen eindrucksvoll die umfangreichen Aufgaben unseres Kampfes an vielen Fronten gegen den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus.

Es betonte, daß das deutsche Volk eine Mitverantwortung an den Verbrechen des deutschen Nazismus hatte und hat. Es läßt sich anhand dieses Dokumentes beweisen, daß von einer staatlichen Einheit Deutschlands ausgegangen worden ist.

Das von der UdSSR, den USA, England und Frankreich einstimmig verabschiedete "Potsdamer Abkommen" legte Maßnahmen gegen die Gefahr eines erneuten deutschen Militarismus fest, die heute noch wesentliche Waffen im Kampf um die geschichtliche Wahrheit sind.

All dies macht das "Potsdamer Abkommen" zu einem auch heute noch überzeugenden Dokument, das wir im folgenden in seinen wesentlichen Teilen bezüglich der Nachkriegsentwicklung Deutschlands wiedergeben:



"III. DEUTSCHLAND

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an,

die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet:

Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß:

A. POLITISCHE GRUNDSÄTZE

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganze Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung.

...

(II) Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4.

Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5.

Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6.

Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7.

Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.

8.

Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.

9.

Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden....

10.

Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

B. WIRTSCHAFTLICHE GRUNDSÄTZE

11.

Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken, entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands, um die in dem Punkt 15 angeführten Ziele zu befriedigen. Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten.

12.

In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

13.

Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.

14.

Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. ..."
(Das Potsdamer Abkommen - Dokumentensammlung, Berlin 1984, S.184-188)



Ziel der Spaltungspolitik des westdeutschen Monopolkapitals - Errichtung seiner Herrschaft in ganz Deutschland

Der Sieg der Völker, vor allem der Sowjetunion Stalins über den Nazi-Faschismus, brachte dem deutschen Imperialismus eine welthistorische Niederlage bei. Zum zweiten Mal war er bei seinem Griff nach der Weltherrschaft gescheitert und hat einen von ihm angezettelten Weltkrieg verloren.

Das deutsche Monopolkapital lag nach dem 8. Mai 1945 kläglich darnieder, seine selbständigen Entfaltungsmöglichkeiten waren ihm genommen. Deutschland war von den

alliierten Siegermächten besetzt, die entsprechend den Beschlüssen von Potsdam verpflichtet waren, dem aggressiven deutschen Militarismus und Revanchismus zunächst die Zähne zu ziehen. Das deutsche Proletariat erhielt damit auch eine günstige Gelegenheit durch die Vernichtung des deutschen Imperialismus in der sozialistischen Revolution schließlich grundlegend sicherzustellen, daß die Völker sich vor diesem räuberischen deutschen Imperialismus sicher fühlen können und nicht erneut mit Krieg und Vernichtung überzogen werden.

Die Spaltung Deutschlands als Mittel des Wiedererstarkens des deutschen Monopolkapitals

Die Zukunftsaussichten für das deutsche Monopolkapital waren unmittelbar nach dem verlorenen Krieg nicht sehr glänzend, wenn nicht die westlichen Alliierten schon sehr schnell die Ziele der Anti-Hitler-Koalition verraten hätten, nämlich den Nazi-Faschismus in seinen Wurzeln zu vernichten. Dies wurde für die deutsche Nachkriegsgeschichte von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Anti-Hitler-Koalition war zustandekommen durch den unermüdlichen Kampf der Sowjetunion, die faschistischen Kriegstreiber maximal zu isolieren, um die Widersprüche zwischen ihnen und den sogenannten "demokratischen" Mächten auszunutzen. Die Sowjetunion strebte gewisse "Übereinkommen" auch mit Teilen oder Kräften des Weltkapitals an,

deren Interessen mit denen der UdSSR vorübergehend zusammenfielen, und sei es auch nur äußerst bedingt, in dieser oder jener Weise für den Erhalt des Friedens und nach Ausbruch des Krieges für die Niederschlagung Nazi-Deutschlands und seiner Verbündeten einzutreten. Dabei war klar, daß die imperialistischen Großmächte USA, England und Frankreich ihren Charakter nicht geändert hatten und bestrebt waren, diese Koalition für ihre Zwecke zu nutzen.

Betrachtet man das Ergebnis des 2. Weltkriegs, so sieht man, daß die internationale Position des Sozialismus gestärkt wurde, während das Lager des Weltimperialismus insgesamt geschwächt aus dem Weltkrieg hervorging. Der Bruch der Abkommen der Anti-Hitler-Koali-

tion durch die westlichen imperialistischen Alliierten entsprang der Tatsache, daß der 2. Weltkrieg nicht so geendet hatte, wie sie sich das vorgestellt hatten. "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet", verkündete Churchill und brachte damit die Nachkriegspolitik der westlichen Alliierten drastisch auf den Punkt. Nicht die Vernichtung des Nazi-Faschismus sei das Ziel gewesen, sondern die Beseitigung der sozialistischen Sowjetunion Stalins. Allerdings war dieser Brocken für die Imperialisten der USA, Frankreichs und Englands auch in der Nachkriegssituation zu groß. Dennoch bestimmte dieses Ziel ihre Politik und besonders ihre Politik in Deutschland.

Zum Zwecke dieses "Kalten Krieges" gegen die Sowjetunion verhinderten die westlichen Alliierten in den von ihnen besetzten Zonen zunächst die konsequente Durchführung des "Potsdamer Abkommens": so wurden zum Beispiel die geforderten Entflechtungsmaßnahmen gegenüber den maßgeblich an den Verbrechen des Nazi-Faschismus beteiligten Banken und Konzernen allenfalls halbherzig und weitgehend formal durchgeführt, um in Wirklichkeit das deutsche, nun das westdeutsche Monopolkapital, rasch wieder aufzupäppeln, um so einen starken Verbündeten und eine feste Basis im Kampf gegen den Sozialismus zu schaffen. Die in Nürnberg verurteilten "Wirtschaftsführer" und Wehrmachtsoffiziere wurden möglichst rasch wieder aus den Gefängnissen entlassen, damit sie ihre "Erfahrungen" bei der Machtentfaltung des deutschen Imperialismus vor und während der Nazizeit, nun dem Wiederaufbau und der Wiedererstarkung des westdeutschen Imperialismus widmen konnten, um den deutschen Banken und Konzernen wieder zur "Weltgeltung" zu verhelfen.

Dies sind die eigentlichen Gründe der Spaltung Deutschlands, was immer auch die Ideologen und Geschichtsfälscher im Sold des westdeutschen Imperialismus verkünden mögen. Denn eines war dem deutschen Monopolkapital und den mit ihm im "Kalten Krieg" verbündeten westlichen Alliierten völlig klar: ein solcher Kurs der Aufpäppelung des deutschen Monopolkapitals wird in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) niemals möglich sein, solange dort unter Stalins Führung das Programm der Vernichtung der Wurzeln des Nazi-Faschismus in die Tat umgesetzt wird.

In der SBZ wurden die Beschlüsse von Potsdam von der Sowjetunion konsequent durchgeführt, soweit dies irgend möglich war: zum Beispiel wurde nicht nur der Staatsapparat gründlich von den Nazis gesäubert. Die an den Nazi-Verbrechen beteiligten Konzerne und Großbetriebe wurden enteignet. Den Junkern, Großgrundbesitzern, die den Kern des Militärstaates Preußen, jenem "Mischmasch aus Despotismus, Bürokratie und Feudalismus" (Marx), ausmachten, die eine maßgebliche Grundlage für den besonders reaktionären deutschen Militarismus bildeten und die beinahe samt und sonders den Nazi-faschisten dienten, wurde die soziale Basis entzogen; ihr Land wurde an Landarbeiter und Kleinbauern verteilt.

In der SBZ wurden damit die Grundlagen dafür geschaffen, wie es das "Potsdamer Abkommen" gefordert hatte: ein demokratisches, antimilitaristisches und antifaschistisches Deutschland im Interesse der Völker, die der Qual durch den Nazi-Faschismus ausgesetzt waren, und schließlich auch zum Wohl des deutschen Volkes.

PROLETARIAT ALLE LÄNDER VEREINIGT SICH!
 PROLETARIAT ALLE LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT SICH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins.
 Nr. 38 Oktober 1989 DM 4,-

1. September 1989 - 50. Jahrestag des hitlerfaschistischen Überfalls auf Polen

Der Faden der Geschichte ist nicht abgeschnitten: Der westdeutsche Imperialismus in Hitlers Fußstapfen

- Die Giftgasgeschäfte dienen der Kriegsvorbereitung
- Iran: Der westdeutsche Imperialismus ist "vor Ort".
- BGS in Namibia

- Die Völker der Türkei kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung
- Afghanistan: Die russischen Sozialimperialisten für immer am Schandpfahl

Das von den westlichen imperialistischen Alliierten aufgepöppelte und rasch wiedererstarkende westdeutsche Monopolkapital hatte aber ganz andere Ziele: es wollte wieder zu alter Macht und Herrlichkeit. Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, geschlagen aber nicht zerschlagen, erhob wieder sein Haupt. Auch wenn er sich zunächst auf das sichere Gebiet der westlichen Besatzungszonen zwangsläufig zurückziehen mußte, arbeitete er zielstrebig und gründlich an seiner Erstarkung. Ihm kam auch noch der Umstand zugute, daß ihm nicht nur der größere Teil, sondern tatsächlich das ehemalige industrielle Kerngebiet des deutschen Imperialismus in die Hände fiel, die Basis für das "deutsche Wirtschaftswunder".

Mit der Gründung der "Bundesrepublik Deutschland" 1949 machte das westdeutsche Monopolkapital die Spaltung Deutschlands perfekt und faktisch waren damit auch für den

Westen Deutschlands die demokratischen und antifaschistischen Ziele der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition außer Kraft gesetzt und erledigt. Nun ging es darum, mit der gesicherten Macht in einem Teil Deutschlands das Ganze zu gewinnen.

Die Spaltung Deutschlands war für das westdeutsche Monopolkapital unter den damaligen politischen Kräfteverhältnissen Mittel zum Zweck der Errichtung seiner Macht in ganz Deutschland.

Dieses Ziel wurde im "Grundgesetz", der Geschäftsgrundlage des Staates des westdeutschen Imperialismus, festgeschrieben als "Alleinvertretungsanspruch" der "Bundesrepublik" für ganz Deutschland, für alle Deutschen, nicht nur bis zur Oder und Neiße, wohin seine Macht jetzt schon langt, sondern noch darüberhinaus, in den Grenzen von 1937.



Die Spaltung des Berliner Magistrats 1945 - 1950: Der Kampf der westdeutschen Monopolbourgeoisie um die Einverleibung Groß-Berlins

Einher mit der Spaltung des Alliierten Kontrollrates, der Regierung Deutschlands, mit der Spaltung Deutschlands durch die westlichen imperialistischen Mächte und die westdeutsche Monopolbourgeoisie ging die Spaltung Groß-Berlins in West- und Ostberlin. Diese Spaltung hatte ihre Besonderheiten und verlief unter Bedingungen, die sie von der Spaltung Deutschlands unterschieden. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie führte einen erbitterten Kampf um die Macht in Groß-Berlin, um die Einverleibung der alten faschistischen Hauptstadt in ihr Staatsgebiet, als Frontstadt und Hebel gegen die SBZ.

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) half sofort nach der Befreiung im Mai 1945 in Groß-Berlin eine antifaschistisch-demokratische Selbstverwaltung aufzubauen, den Magistrat und die Bezirksverordnetenversammlungen zu bilden, in denen Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit stellten.

Im Juni 1945 wurden KPD, SPD, CDU und LDP und freie Gewerkschaften zugelassen, da sie sich verpflichteten, für Antifaschismus und Demokratie einzutreten.

Zugleich entstand, getragen von Antifaschisten, ein System von gewählten Haus- und Straßenvertrauensleuten, die sich um Lebensmittelverteilung, Aufräumarbeiten usw. kümmerten.

Die SMAD unterstützte und verantwortete die Entscheidungen des Magistrats, die den Zielen des "Potsdamer Abkommen" entsprachen und einen antifaschistischen Charakter trugen:

- * Der erste Magistrat verfügte die Enteignung der Betriebe von Nazi-Verbrechern, die Schließung der privaten Banken und die Bildung einer kommunalen Berliner Stadtbank.
- * Er entließ insgesamt 25 000 ehemalige Nazis aus der Stadtverwaltung und verfügte, kein ehemaliges Mitglied der Nazi-Partei könne auf einem verantwortungsvollen Posten der Stadtverwaltung beschäftigt werden.
- * Erster Groß-Berliner Polizeipräsident wurde ein Angehöriger des antifaschistischen "Nationalkomitees Freies Deutschland", der ehemalige Oberst Paul Markgraf.
- * Von 5000 zur Verfügung stehenden Lehrerinnen und Lehrern wurde die Hälfte wegen ihrer Nazi-Vergangenheit aus dem Schuldienst entlassen.

Entsprechend alliierter Vereinbarungen wurden Truppen der westlichen Alliierten im Juli 1945 nach Groß-Berlin verlegt und die Berliner Kommandantur der vier Mächte errichtet. In ihren Sektoren von Groß-Berlin begannen die drei imperialistischen Westmächte in Übereinstimmung mit den Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie die Durch-

Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

10. Juni 1945

Berlin

Am 2. Mai d. J. besetzten die Sowjettruppen Berlin. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, haben kapituliert, und einige Tage darauf hat Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation unterzeichnet. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der Obersten Befehlsgewalt über ganz Deutschland durch die oben genannten Mächte bekanntgegeben. Seit der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen besteht im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland feste Ordnung, sind örtliche Organe der Selbstverwaltungen und die nötigen Bedingungen für eine freie gesellschaftliche und politische Betätigung der deutschen Bevölkerung geschaffen worden.

In Anbetracht des oben Ausgeführten befehle ich:

1. Im Bereich der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen und in dieser Richtung die Initiative und freie Betätigung der breiten Massen der Bevölkerung fördern.
2. Der werktätigen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland das Recht zur Vereinigung in freie Gewerkschaften und Organisationen zur Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen einzuräumen. Den Gewerkschaften und Vereinigungen das Recht zur Abschließung kollektiver Verträge mit den Unternehmern sowie zur Organisation von Versicherungskassen und anderen Institutionen gegenseitiger Unterstützung, Kultur-, Aufklärungs- und anderen Bildungs-Vereinigungen und Organisationen zu gewähren.
3. Alle in den Punkten 1 und 2 erwähnten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften haben ihre Statuten oder die Programme ihrer Tätigkeit in den örtlichen Selbstverwaltungen und bei den militärischen Kommandanten zu registrieren und ihnen gleichzeitig die Listen der Mitglieder ihrer führenden Organe vorzulegen.
4. Festzulegen, daß für die ganze Zeit der Durchführung des Besatzungsregimes die Tätigkeit aller in den Punkten 1 und 2 erwähnten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und in Übereinstimmung mit den von ihr herausgegebenen Instruktionen ausgeübt wird.
5. In Übereinstimmung mit oben Dargelegtem sind die ganze faschistische Gesetzgebung und alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Verordnungen, Instruktionen usw. die sich auf die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften beziehen und gegen die demokratischen Freiheiten, bürgerlichen Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, aufzuheben.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärischen Administration
Marschall der Sowjetunion **G. K. Shukow**

Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration
Generaloberst **W. W. Kurasow**

führung der Potsdamer Beschlüsse zu sabotieren und in den Bezirksverwaltungen ihres Sektors mit den Antifaschisten "aufzuräumen". Hunderte von Antifaschisten wurden gemäßregelt und entlassen, ebenso wie antifaschistische Beamte in Schlüsselstellungen der Polizei. Das System der Haus- und Straßenvertrauensleute wurde in den Westsektoren verboten. Den Bezirksverwaltungen in den Westsektoren wurde es untersagt, weiterhin Betriebe von ehemaligen Nazis zu beschlagnahmen. Bereits beschlagnahmte Betriebe dieser Sektoren wurden einem Treuhänder übergeben. Treuhänder im amerikanischen Sektor war ein Direktor des US-Konzerns Steel Corporation. Verbände der westdeutschen Monopolbourgeoisie konnten in den Westsektoren offen arbeiten und sie forcierten auch die Gründung bürgerlicher Zeitungen.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie verstärkte ihren Kampf um Groß-Berlin. Die Überlegung war klar. Eine antifaschistische Mehrheit im Groß-Berlin

ner Magistrat würde auf lange Sicht die vollständige Integration der Stadt in eine antifaschistisch-demokratische SBZ bedeuten. Eine konsequente Durchführung der Beschlüsse von Potsdam würde ihr in diesem Teil Deutschlands die Macht kosten. Groß-Berlin unter die Kontrolle der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu bringen war das Gebot der Stunde und bedeutete schließlich auch einen unschätzbar wertvollen Hebel gegen die SBZ in der Hand zu haben.

Das wesentliche Instrument in diesem Kampf war die Gruppe um Schuhmacher, Brandt und Reuter in der SPD, die der Unterstützung der ganzen westdeutschen Monopolbourgeoisie und den westlichen alliierten Imperialisten von Anfang an eine mit sozialen Phrasen durchsetzte antikommunistische Hetze betrieben und damit auf eine deutsche Bevölkerung rechneten, die in ihrer Mehrheit von der faschistischen Ideologie verseucht war.

In den Besatzungszonen der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten gelang es der Schuhmacher-Gruppe die Vereinigung von SPD und KPD in den westlichen Besatzungszonen zu verhindern. Sie organisierten erfolgreich mit aktiver Unterstützung der Westalliierten auch den Widerstand gegen die Vereinigung in der Groß-Berliner SPD, während sich in der SBZ und vielen Berliner Bezirken SPD und KPD zur SED vereinigten.*

Das erste Ziel der westdeutschen Monopolbourgeoisie war teilweise erreicht, die Vereinigung von SPD und KPD zumindest in den Westsektoren Berlins verhindert. In Berlin blieb neben der SED eine SPD bestehen, die personell wie politisch eindeutig die Ziele der westdeutschen Monopolbourgeoisie betrieb.

Wie schwierig die Lage der Antifaschisten in der damaligen Situation, wie die Stimmung in der Mehrheit der Bevölkerung war, zeigte sich alsbald bei den Wahlen in der SBZ und in Groß-Berlin im Oktober 1946. In der SBZ erhielt die SED annähernd die Hälfte der Stimmen und wurde stärkste Partei. In Groß-Berlin weigerte sich die SPD mit der SED zusammenzuarbeiten, betrieb antikommunistische Hetze.

* Die demokratische Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hatte zwar ausgehend von den Erfahrungen des Nazi-Faschismus den positiven Ansatz die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden aber um den leider nicht vermeidenden Preis daß die Vorhut der Arbeiterklasse sozialdemokratisch verwässert und die kommunistische Programmatik und Zielsetzung hintenangelassen wurde. Die ausführliche Einschätzung der Vereinigung zählt zu der Aufgabe der Marxisten-Leninisten die Ansätze und Versuche der Arbeiterklasse in der DDR auf dem Weg zum Sozialismus umfassend und kritisch zu analysieren und gleichzeitig die Wurzeln der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie aufzudecken.

ze, machte angesichts der Notlage der Bevölkerung unerfüllbare soziale Versprechungen. Die SPD erhielt in Groß-Berlin fast 50 Prozent der Stimmen, die SED nur 20 Prozent. Mit CDU und LDP, in denen sich die reaktionären Kräfte inzwischen auch durchgesetzt hatten, bildete die SPD einen reaktionären Magistrat, ein Instrument der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Die antifaschistischen Kräfte verloren in den Selbstverwaltungsorganen der Westsektoren danach völlig ihren Einfluß und hatten nur im sowjetischen Sektor Berlins, dank der Unterstützung der Sowjetunion noch einen größeren Spielraum.

1947 wurde der SPDler Ernst Reuter Berliner Oberbürgermeister. Zu diesem Zeitpunkt war die Spaltung Deutschlands weiter vorangeschritten, die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse in den westlichen Besatzungszonen weitgehend sabotiert und die westdeutsche Monopolbourgeoisie auf dem Weg, ihre Macht zu errichten.

Politisch und rechtlich versuchte der reaktionäre Magistrat Groß-Berlin fest an die westdeutschen Besatzungszonen zu binden, die ganze Stadt sollte zur Frontstadt werden: "An unserem eisernen Willen wird sich die kommunistische Flut brechen", so tönte Ernst Reuter im März 1948 (nach: Keiderling/Stutz, Berlin 1945-1968, Berlin 1970, S.147).

Im Juni 1948 weigerte sich der Magistrat, den Befehl der SMAD durchzuführen, der die Ausdehnung der separaten Währungsreform auf Berlin untersagte. Ziel der westdeutschen Monopolbourgeoisie und ihres Berliner Magistrates war: die Wirtschaft der SBZ sollte über Berlin desorganisiert und ruiniert werden, ein Unternehmen, das trotz des großen Aufwandes der "Luftbrücke" dann doch auf lange Zeit scheiterte.

Nach der Devise, wenn schon nicht das Ganze, dann wenigstens einen Teil, begann mit dem Juni 1948 die Spaltung Berlins durch die westdeutsche Monopolbourgeoisie, mit Hilfe ihres Magistrates und der westlichen Alliierten.

Nachdem bereits im Juli 1948 Stadträte illegal ihre Büros in die Westsektoren verlegt hatten, wurde am 6. September auf der Berliner Stadtverordnetenversamm-

lung ein "Zwischenfall" organisiert. Mehrere bezahlte Schläger, z.T. westberliner Polizisten in Zivil, versuchten eine Arbeiterabordnung zu provozieren. Die reaktionäre Mehrheit der Abgeordneten empörte sich scheinheilig über eine angebliche Provokation durch die Arbeiterabordnung. Diese Inszenierung lieferte den Anlaß, aus dem Stadtparlament im sowjetischen Sektor auszuziehen und den Magistratssitz in den englischen Sektor zu verlegen. Sofort danach begann die Spaltung der gesamten Stadtverwaltung, der Post, der Verkehrsbetriebe usw., verbunden mit einem Verbot der Ostwährung in den Westsektoren. Berlin war im Oktober 1948 praktisch gespalten. Das ganze wurde begleitet von einer ungeheueren antikommunistischen Hysterie und Hetze, geräuschvoll untermauert vom "Luftbrücken"-Spektakel und traf auf eine keineswegs antifaschistisch gesinnten Mehrheit der Bevölkerung. Eine Mischung, die ihre Wirkung nicht verfehlte.

Am 30. November 1948 wählten, initiiert von der SED, in Ostberlin Stadt- und Bezirksräte und 1100 gewählte Vertreter aus 800 Berliner Betrieben einen neuen Berliner Magistrat; während am 5. Dezember in Westberlin Wahlen stattfanden, die dort der Reuter/Brandt-SPD die absolute Mehrheit verschafften. Aber die westdeutsche Monopolbourgeoisie beanspruchte selbstverständlich weiterhin Groß-Berlin. Die Spaltung war dazu kein Widerspruch. Sie ergab sich aus diesem Anspruch und der Bedingung, daß der Anspruch sich zum damaligen Zeitpunkt für ganz Berlin nicht durchsetzen ließ. Im Grundgesetz Artikel 23 wurde Groß-Berlin zu den Ländern gerechnet, die dem Bonner Separatstaat angehören. Im westberliner Abgeordnetenhaus wurden Sitze freigehalten für Abgeordnete aus Ostberlin. Die (West)Berliner Verfassung, die 1950 verabschiedet wurde, erklärte in ihrem ersten Artikel ganz Berlin zu einem Bundesland und die Bundesgesetze für bindend. Die westlichen Alliierten suspendierten diese Artikel allerdings im Interesse ihrer weiteren Präsenz in Westberlin. Mit den gesamtberliner Wahlen im Dezember 1990 soll nun ein Schlußpunkt unter die Einverleibung ganz Berlins durch den westdeutschen Imperialismus gesetzt werden.



Westberlin - Brückenkopf inmitten der DDR

Angesichts der Politik der Sowjetunion in der SBZ, trotz des Bruchs sämtlicher alliierter Beschlüsse gegenüber Deutschland als Ganzem seitens der westlichen Alliierten diese wenigstens in einem Teil Deutschlands nicht preiszugeben und nach Kräften die Herausbildung eines demokratischen und antifaschistischen Staates in Deutschland zu unterstüt-

zen, erhielten die Westsektoren Berlins für das westdeutsche Monopolkapital und die westlichen imperialistischen Mächte eine besondere Bedeutung.

Für die französischen, englischen und US-amerikanischen Imperialisten wurde es ein vorgeschobener Posten in "Feindesland", der

in den Zeiten des "Kalten Krieges" nach allen Regeln der Kunst als Spionage- und militärische Schaltzentrale ausgebaut wurde.

Für die westdeutschen Imperialisten wurde Westberlin ein Faustpfand inmitten der DDR, die materielle Verkörperung ihres Anspruches auf die ganze DDR. Mit Westberlin verleibten sie sich bereits einen Teil der DDR mit ihrem Erstarken zur Großmacht immer mehr ein, wobei die Vorbehalte der westlichen Imperialisten immer mehr zu solchen kosmetischer Natur verkümmerten.

Westberlin war für die westdeutschen Imperialisten eine Enklave inmitten eines anderen Landes, die große Vorteile für die Vorbereitung einer Annektion bot. Vor allem die Inszenierung der "Blockade" stand ganz in dieser Tradition: die von einer feindlichen Umwelt belagerte Festung, die koste es, was es wolle, gehalten werden muß. Und sei es mit dem größten Militärmanöver, das die Welt bis dahin gesehen hatte, mit der "Luftbrücke".

Inmitten der DDR gelegen, bot Westberlin reichlich Gelegenheit zur Infiltration und vor allem zur ideologischen Diversion. Es wurde zum Schlupfloch im "eisernen Vorhang", zur Zentrale des Antikommunismus, zur Verkörperung

der "freien Welt" in einem "Meer von Unfreiheit". Wobei die antikomunistische Propaganda praktisch nahtlos an die des gerade untergegangenen "tausendjährigen Reiches" anknüpfen konnte und es auch tat. "Notopfer für Berlin" wurden unter der westdeutschen Bevölkerung gesammelt und an Subventionen für Westberlin wurde nicht gespart, um es zum "Schaufenster des Westens" herauszuputzen.

All dies blieb nicht ohne Wirkung auf die Bevölkerung Westberlins, auch nicht auf die Werktätigen. Massenversammlungen vor dem Reichstag, ja selbst 1. Mai-Kundgebungen, bei denen Sozialdemokraten wie Ernst Reuter und später Willy Brandt die Rolle des Einpeitschers übernahmen, waren in einem kaum vorstellbaren Ausmaß von revanchistischem Geist erfüllt.

Auch auf die SBZ und die spätere DDR mußte all dies seine Wirkung haben. Dies zu bestreiten wäre mehr als naiv. Aber daß die DDR heute den westdeutschen Imperialisten wie ein fauler Apfel in die Hände fällt und Westberlin noch nebenbei mit abfällt, und zwar genau auf dem Weg, den sie seit 40 Jahren verfolgt haben, das hat entscheidend andere Gründe.



Der Verrat der modernen Revisionisten hat die Einverleibung der DDR und Westberlins erst ermöglicht

Da die Mehrheit der Arbeiterklasse und Werktätigen Westberlins, außer bescheidenen Ansätzen, nie die Kraft entwickeln konnte, sich die grundlegenden Forderungen der Anti-Hitler-Koalition nach Schaffung eines demokratischen und antifaschistischen Deutschland so zu eigen zu machen, um dieses nach Bruch dieser Abkommen durch die westlichen Alliierten gegen diese und gegen den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus zu erkämpfen (wobei diesbezüglich die Lage in Westdeutschland ähnlich war), lag die Verteidigung und Bewahrung dieser entscheidenden Schlußfolgerung aus den Verbrechen des Nazi-Faschismus vor allem in den Händen der Sowjetunion, und nach Gründung der DDR auch in ihren.

Solange die Sowjetunion sozialistisch war, tat sie alles in ihren Kräften stehende und soweit dies mit den Mitteln der Außenpolitik möglich war, die verhängnisvolle Entwicklung der Aufpöppelung des westdeutschen Imperialismus durch die Westmächte zu verhindern. Sie wies seine Ansprüche auf die DDR als das, was sie sind, konsequent zurück, nämlich als Ausdruck des deutschen Revanchismus, der die Niederlage im 2. Weltkrieg niemals hingenommen hat und danach strebt, sein Großdeutschland wieder zu errichten als Meilenstein bei seinem erneuten Griff nach der Weltherrschaft.

Vor allem aber machte sie sich zum uneigennütigen Anwalt all der Völker, die so un-

Die "Luftbrücke" - ein gigantisches Militär- und Propagandamanöver der Westmächte und der westdeutschen Monopolbourgeoisie

Zwischen dem Sommer 1948 und dem Herbst 1949 dröhnten täglich hunderte US-amerikanische und englische Transportflugzeuge, Jäger und Bomber über Berlin hinweg. Sie versorgten eine angeblich vom Feind eingekreiste Bevölkerung, die in ihrer Festung "Westberlin" eingeschlossen und vom Hungertod bedroht schien. Westliche imperialistische Alliierte, westdeutsche Monopolbourgeoisie und der von ihr getragene reaktionäre Berliner Magistrat unter Führung der SPD inszenierten einen Propagandarummel in der Manier Goebbels' gegen die sogenannte Hungerblockade durch die sowjetische Militäradministration. Was war geschehen?

Lange zuvor berieten die Alliierten über eine Währungsreform in Deutschland, die angesichts der darniederliegenden Wirtschaft dringend notwendig war. Die Sowjetunion forderte eine demokratische Währungsreform für ganz Deutschland im Sinne der Beschlüsse des "Potsdamer Abkommens". Das bedeutete, die Gewinne und Guthaben von Kriegsgewinnlern und Schiebern sollten annulliert und kleinere Sparguthaben verhältnismäßig höher bewertet werden. Die imperialistischen Westmächte waren für eine einheitliche Währungsreform in ganz Deutschland nur unter einer einzigen Bedingung, daß Entscheidungen der Alliierten in Finanz- und Wirtschaftsfragen nicht wie Potsdam festlegte, einmütig, sondern mehrheitlich bestimmt würden. Das hätte aber bedeutet, daß die Westalliierten uneingeschränkt die Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht nur im Westen, sondern auch in der SBZ zu ihren Bedingungen gestalten hätten. Das war für die Sowjetunion nicht annehmbar.

Am 20. Juni 1948 organisierten die Westalliierten eine separate Währungsreform in ihren Besatzungszonen, wobei die Westsektoren Berlins nicht sofort einbezogen wurden. Noch am gleichen Tag verbot die Sowjetunion Umlauf und Einfuhr der neuen Westwährung und mußte den Zugang zur SBZ und nach Berlin kontrollieren, um zu verhindern, daß Unmengen von entwerteter Reichsmark aus dem Westen die Wirtschaft der SBZ überschwemmten und ruinierten. Aus dem gleichen Grunde war sie gezwungen, sofort die demokratische Währungsreform in der SBZ umzusetzen. Diese galt natürlich auch für Groß-Berlin, denn dieses war Teil und ökonomisches Zentrum der SBZ.

Tage nach der Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen führten die Westalliierten die neue Westwährung auch in den Westsektoren Berlins ein. Der Berliner Magistrat weigerte sich, das war zwischen seinen sozialdemokratischen Spitzen und den Westalliierten längst ausgehandelt worden, die Westwährung in Groß-Berlin zu verbieten.

Fortan galten in Berlin zwei Währungen, wobei der Kurs der Währungen mit verschiedenen Mitteln zu

Lasten der Ostwährung manipuliert wurde.

Die Sowjetische Militärverwaltung reagierte auf die Versuche der Westalliierten und der westdeutschen Monopolbourgeoisie direkt oder über Berlin die Wirtschaft der SBZ zu desorganisieren. Völlig zu Recht unterbrachen sie vorübergehend den Güter- und Warenverkehr zu Lande und zu Wasser zwischen Westdeutschland und Berlin, nachdem Tage zuvor von westlicher Seite aus der Güterverkehr in die SBZ suspendiert worden war. Die Westalliierten sollten veranlaßt werden, ihre auf Ruinierung der SBZ und Spaltung Deutschlands und Berlins ausgerichteten Maßnahmen zurückzunehmen. Zugleich wurde die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln usw. sichergestellt.

Die Westalliierten und die Magistratesmehrheit lehnten dies ab und fanden dabei die Unterstützung sehr großer Teile der Bevölkerung in den Westsektoren Berlins. Diese Unterstützung muß verstanden werden auf dem Hintergrund einer Bevölkerung, die noch bis kurz zuvor in ihrer Mehrheit dem faschistischen Regime die Treue gehalten hatte, die antikommunistisch verhetzt war. Der Magistrat organisierte Kundgebungen, verbreitete Frontstadtstimmung, startete einen "Hilferuf" an die UNO. Die antikommunistische Hetze von Westberlin als "Festung in Feindesland" wurde noch schärfer, als am 26. Juni eine noch nie dagewesene Luftkriegsoperation begann, in deren Verlauf mehrere hundert US- und englische Flugzeuge und 56 000 Mann Bodenpersonal die Versorgung der Westsektoren Berlins mit Lebensmitteln, Heizmaterial und Gebrauchsgütern unternahmen.

Auf dem Höhepunkt dieser Operation landete alle 63 Sekunden eine Maschine in Tempelhof, Gatow und im eigens erbauten Flughafen Tegel.

Die US-Luftwaffe setzte mehr Flugzeuge ein als beim Kampf gegen den Nazi-Faschismus und verstärkte im Zuge dieser Operation den Ausbau ihrer Luftwaffe und ihrer Stützpunkte besonders in Westdeutschland und England. Die "Luftbrücke" war die notwendige Übung, die später im Krieg des US-Imperialismus in Korea und in Vietnam genutzt wurde.

Im Mai 1949 setzte die Sowjetunion ihre Maßnahmen aus, dennoch ging die "Luftbrücke"-Operation noch bis zum 6. Oktober 1949 weiter. Den Westalliierten und der westdeutschen Monopolbourgeoisie war es nicht gelungen mit Hilfe der separaten Währungsreform die sowjetische Zone ökonomisch in den Ruin zu treiben, aber die Sowjetunion konnte sich mit ihrer gerechten Forderung nicht durchsetzen, während die "Luftbrücke" die Spaltung Berlins entscheidend vorantrieb, die Mehrheit der westberliner Bevölkerung ideologisch fest an die westdeutsche Monopolbourgeoisie binden konnte und den werktätigen Massen Westberlins noch heute als humane Großtat erscheint. ★

säglich unter dem deutschen Imperialismus in Gestalt des Nazi-Faschismus gelitten haben, die ein Recht darauf hatten und haben, daß nicht mit neuem Unrecht altes verdeckt wird, daß nicht mit dem Unrecht des Bruchs des "Potsdamer Abkommens" verhindert wird, daß wenigstens minimale Garantien geschaffen werden, daß der deutsche Militarismus und Revanchismus erneut sein Haupt erhebt.

Es war diese eine Politik der Sowjetunion, die sich konsequenterweise aus ihrem heldenhaften Kampf gegen den Nazi-Faschismus ergab, und diesen auch in seinen Hauptforderungen in der Nachkriegszeit fortsetzte, die der Sowjetunion Stalins bei bei Millionenmassen eine so großes moralisches Gewicht verschaffte. Dies blieb so, solange Stalin lebte, und kam zuletzt noch einmal unübersehbar in dem Friedensvertragsvorschlag der Sowjetunion von 1952 zum Ausdruck.

Aber nach Stalins Tod, mit dem Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten, wechselte nicht nur die Sowjetunion die Farbe, wurde nicht nur der Sozialismus beseitigt und der Kapitalismus restauriert, wurde nicht nur die SED und die allermeisten ehemals kommunistischen Partelen vom Revisionismus zerfressen, so daß auch bei ihnen vom Ziel des Sozialismus keine Rede mehr sein konnte, auch die Haltung zur Deutschland- und Westberlin wurde so aufgeweicht, daß schließlich nur von einem abscheulichen Verrat an den Interessen der Völker gesprochen werden kann.

Wenn man vom Verrat der modernen Revisionisten in der Westberlin-Frage spricht, dann muß bewußt sein, daß es sich hierbei nicht um einen einmaligen, plötzlichen Akt handelt, sondern um einen längeren Prozeß. Dieser ist gekennzeichnet von einer vollständigen Revision der Grundpositionen der Deutschlandpolitik der stalinschen Sowjetunion. Es beginnt mit prinzipienlosen Zugeständnissen an die westdeutschen Imperialisten, geht über zweifelhafte Kompromißvorschläge, mit denen angeblich die Westberlin-Frage "gelöst" werde, die dann abgelöst werden durch die Anerkennung der Lage in Westberlin, wie sie von den westlichen imperialistischen Mächten herbeigeführt wurde und endet mit dem Verkauf der DDR samt Westberlin an den westdeutschen Imperialismus.

Die revisionistische, konterrevolutionäre Entwicklung in der Sowjetunion nach dem Tod

Stalins zeigte sich auch an der Haltung zum westdeutschen Imperialismus. Schon 1955 gaben die modernen Revisionisten in der Sowjetunion ein deutliches Zeichen, daß sie Stalins unversöhnliche Haltung gegenüber dem deutschen Militarismus über Bord geworfen haben. Als "Preis" für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik wurden zigtausende Nazi-Verbrecher "begnadigt" und freigelassen.

Die modernen Revisionisten signalisierten am Beispiel der Freilassung der Kriegsverbrecher, daß nun auch von der Sowjetunion ein Schlußstrich gezogen wird unter die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition. Sie machten außerdem deutlich, daß sie bereit waren, einem Bonner Separatstaat die diplomatische Anerkennung nicht zu verweigern, der seinerseits seinen Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland dadurch unterstrich, daß er die staatliche Existenz der DDR offiziell nicht einmal zur Kenntnis nahm, geschweige denn völkerrechtlich anerkannte. Die Revisionisten der Sowjetunion stellten die Souveränität der DDR offen zur Disposition und verwischten gleichzeitig die Spuren, indem sie parallel zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik mit der DDR einen "Freundschaftsvertrag" abschlossen.

In den darauffolgenden Jahren wurde die Erfüllung der Forderungen des "Potsdamer Abkommens" von den Chruschtschow-Revisionisten stillschweigend immer mehr beiseitegeschoben. Es war ausgerechnet die Sowjetunion, die den westdeutschen Imperialismus internationalen Schritt für Schritt wieder hoffähig gemacht hat, so als wäre er nicht der ungebrochene Nachfolger des deutschen Imperialismus, der 20 Millionen Sowjetbürger ermordet hat.

Dieser Kurs läßt sich auch deutlich in ihrer Haltung zur Westberlin-Frage verfolgen. Die Chruschtschow-Revisionisten warfen sich in die Pose der "vernünftigen" Politiker und machten dem westdeutschen Imperialismus ein Zugeständnis nach dem anderen.

In den Jahren 1958 und 1959 ließen die Chruschtschow-Revisionisten den Stalinschen Friedensvertragsvorschlag von 1952, der die Einheit Deutschlands beinhaltete und zum Ziel hatte, "daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird", in der Versen-

kung verschwinden. Ihre Antwort auf die Remilitarisierung in Westdeutschland, auf den Aufbau der Bundeswehr seit 1955 durch die alten Wehrmachts- und SS-Offiziere und Generale war ein Friedensvertragsvorschlag, der dem aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus die Absolution erteilte. Der Regierung des Staates des westdeutschen Imperialismus, die sich als Repräsentant des deutschen Volkes versteht, wurde ein Vertrag zur Unterzeichnung vorgelegt. Oberflächlich betrachtet, trugen die Chruschtschow-Revisionisten mit diesem Vorschlag dem Umstand Rechnung, daß zwei deutsche Staaten entstanden waren. In Wirklichkeit sprachen sie aber den Staat des besonders aggressiven westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, die BRD, von der Nachfolge des deutschen Imperialismus frei, wenn es in diesem Vertrag heißt, er habe "in den seit Beendigung der Kampfhandlung verfloßenen Jahren in vielem bewiesen, daß er die Verbrechen verurteilt, die im Ergebnis der vom deutschen Militarismus entfesselten Aggression gegen die Völker Europas begangen wurden".

Außerdem setzten sie diesen mit der DDR gleich, so als hätte die Sowjetunion mit der Durchführung des "Potsdamer Abkommens" in der SBZ nicht dafür gesorgt, daß in diesem Teil Deutschlands die Grundlagen für die Entwicklung eines demokratischen deutschen Staates gelegt wurden.

Rein pragmatisch schoben die Chruschtschow-Revisionisten damit das grundlegende Ziel der Potsdamer Beschlüsse, nämlich die Herstellung eines einheitlichen demokratischen deutschen Staates, das dem Vorschlag von 1952 eindeutig zu Grunde lag, als überholt beiseite. Dies war ein riesiges Zugeständnis an den westdeutschen Imperialismus, an seine Spaltungspolitik der Nachkriegszeit und bedeutet seine internationale Aufwertung. Dies war die Grundlage und der Hintergrund für den damit verbundenen Vorschlag, für den Chruschtschow großmäulig Reklame machte, Westberlin den Status einer "entmilitarisierten Freien Stadt" zu geben. Dies sollte nach Chruschtschows Worten auf dem XXI. Parteitag der KPdSU, die "Lösung der Berlinfrage" sein. Er zielte damit darauf ab, den Status quo der faktischen Einverleibung eines Teils der DDR, eben der Westsektoren Berlins, durch den westdeutschen Imperialismus mit der Konstruktion der "besonderen politischen Einheit Westberlin" zu sanktionie-

ren, bei gleichzeitigem Abzug der westlichen Alliierten. Letzteren wurden aber auch "Übergangslösungen", wie eine "symbolische Präsenz" angeboten.

Chruschtschow wollte auf diese Weise das Problem Berlin, richtiger Westberlin, los werden, denn dieses war Anlaß für ständige Reibereien mit den westdeutschen Imperialisten und stand dem Ausbau der Zusammenarbeit mit ihnen im Weg.●

Die weitere Entwicklung der Positionen der modernen Revisionisten der Sowjetunion in der Westberlin-Frage macht deutlich, daß dieser Vorschlag in der Tat nur eine Übergangsposition für viel weitergehenden Schacher war.



● Wir selbst haben in der WBK Nr.1 vom Dezember 1975 diesen Vorschlag der Chruschtschow-Revisionisten mit einigen Verrenkungen als einen "Kompromiß" verteidigt, auf dessen konsequente Durchführung sie allerdings verzichtet hätten, worin erst der Revisionismus zum Ausdruck kommt. Ein wesentlicher Grund für diesen untauglichen Versuch der Verteidigung dieses Vorschlags war, daß die gesamte damalige kommunistische Weltbewegung, einschließlich der damals antirevisionistischen Kräfte, wie die KP Chinas und die PAA, diesen Vorschlag unterstützten. Wir hatten damals nicht gesehen, daß dies Ausdruck eines inkonsequenten bzw. verspäteten Kampfes gegen den Revisionismus war.

Mit dem sogenannten "Vier-Mächte-Abkommen" 1971 sanktionierten die modernen Revisionisten die von den westlichen alliierten imperialistischen Mächten und dem westdeutschen Imperialisten unter Bruch aller Abkommen der Anti-Hitler-Koalition in 25 Jahren herbeigeführte Lage Westberlins ohne jegliche Vorbehalte. Von einer "Lösung der Berlin-Frage" war nicht einmal mehr die Rede. Nun wurde deutlich, was die Konstruktion der "selbständigen politischen Einheit" bedeutet.

Das "Vier-Mächte-Abkommen" unterscheidet sich, was die Haltung zur Bundesrepublik betrifft, in nichts von entsprechenden Verlautbarungen der westlichen Alliierten. Diese hatten bereits diejenigen Artikel der Westberliner Verfassung suspendiert, die Westberlin vollständig als Bundesland in die Bundesrepublik eingliedern wollten mit dem Vorbehalt, daß Westberlin nicht von der Bundesrepublik regiert werden darf. Dies ist auch die Formulierung des "Vier-Mächte-Abkommens". Darüberhinaus wurden noch "besondere Bindungen" Westberlins an die Bundesrepublik, sowie seine Vertretung in internationalen Angelegenheiten durch diese sanktioniert. Zudem ließ die sowjetische Seite in diesem Vertrag bewußt offen, ob dieser die "Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten" für Westberlin oder für ganz Berlin regelt, wohl wissend, daß dies den westlichen Imperialisten erneut eine Gelegenheit bot so zu tun, als ob der Ostteil Berlins, eben die Hauptstadt der DDR, genauso zu behandeln sei wie Westberlin, womit sie ihre durch nichts zu rechtfertigenden Ansprüche auf ganz Berlin untermauern konnten.

Die Politik der Sowjetunion Stalins in Berlin und gegen seine Spaltung durch die westlichen Imperialisten war Ausdruck dessen, daß es dabei in erster Linie um die Verteidigung der gerechten und berechtigten Interessen der vom Nazi-Faschismus gequälten Völker an einem demokratischen und friedlichen Deutschland geht.

Das sogenannte "Vier-Mächte-Abkommen"



war ein weiterer, endgültiger Beweis, daß die revisionistische Sowjetunion keinerlei gerechte Sache mehr vertritt. Westberlin ist schon damals zu einem Objekt im Schacher zwischen den westlichen Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten geworden.

Damit war der Weg bereitet für den schrankenlosen Ausverkauf durch ihre heutigen Repräsentanten. Die Gorbatschow-Revisionisten liefern nicht nur Westberlin, sondern gleich die ganze DDR an die westdeutschen Imperialisten aus.

Die Deutschland-Politik der Revisionisten der Sowjetunion, von ihren Anfängen bis heute, war ein Persil-Schein für den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, für den "Rechtsnachfolger" des "3 Reiches", für seine gesamte Nachkriegspolitik der Verhinderung des "Potsdamer Abkommens", der Einverleibung Westberlins als ersten Schritt zur Einverleibung der DDR, der Wiederherstellung des "deutschen Reiches".

Der letzte Akt in einer langen Kette des revisionistischen Verrats der Sowjetunion in der Deutschland- und Westberlin-Frage ermöglichte es schließlich den westdeutschen Imperialisten, ohne auch nur die geringsten Abstriche zu machen, die DDR und Westberlin entsprechend ihren vierzigjährigen Propaganda von "Freiheit und democracy" mit Riesenschritten der "Bundesrepublik Deutschland" einzuverleiben, um auf diese Weise die Westberlin-Frage und die Deutschland-Frage in den nächsten Jahren zu "lösen".

Aber das letzte Wort ist nicht gesprochen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob dies den westdeutschen Imperialisten wirklich gelingen wird. Wir werden jedenfalls den Widerstand gegen dieses keineswegs problemlos durchzuführende Projekt der sicheren Einverleibung der DDR nach Kräften unterstützen.

Die Westberlin-Frage und die Perspektive der proletarischen Revolution

Wir als Marxisten-Leninisten Westberlins haben es immer als unsere Aufgabe betrachtet, für eine revolutionäre Lösung der Westberlin-Frage zu arbeiten, um diese nicht den Imperialisten zu überlassen. Gerade die unübersehbaren Erfolge der westdeutschen Imperialisten bei der "Lösung" dieser Frage in ihrem Sinne, der Zerfall der DDR als Staat, beweisen negativ, daß nur mit der Perspektive der proletarischen Revolution unter den besonderen Bedingungen Westberlins eine solche endgültig zunichte zu machen war und ist.

Gerade weil der Prozeß der Einverleibung Westberlins und der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus noch nicht endgültig abgeschlossen und keinesfalls historisch erledigt ist, sehen wir es als Aufgabe, mit aller Kraft auf dieser Linie gegen die Einverleibung der DDR und Westberlins anzukämpfen.

Gleichzeitig muß aber bewußt sein, daß wir uns in einer Phase des **Übergangs** befinden, in der die Bedingungen des Kampfes in Veränderung begriffen sind. Es ist nicht zu übersehen, daß es dem westdeutschen Imperialismus durchaus gelingen kann, die Einverleibung der DDR und Westberlins in den nächsten Jahren vollständig in den Griff zu bekommen. Die Durchführung der proletarischen Revolution und damit die revolutionäre Lösung der Westberlin-Frage ist aller Wahrscheinlichkeit nach keine Frage, die in den nächsten Jahren verwirklicht werden kann. Realistisch ist eine **längere Perspektive** für das Heranreifen der objektiven und vor allem für die Herausbildung der subjektiven Faktoren für die Durchführung einer siegreichen sozialistischen Revolution.

Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß der westdeutsche Imperialismus in einigen Jahren die Einverleibung der DDR und die "Lösung" der Westberlin-Frage in seinem Sinne zum Abschluß bringen kann. Wenn diese Möglichkeit zu Wirklichkeit geworden ist, dann und erst dann, wird auch die Linie zur proletarischen Revolution insofern geändert werden müssen, als dann nicht mehr von unterschied-

lichen Aufgaben der Revolution in Westdeutschland, in der DDR und in Westberlin auszugehen ist.

Aber solange die Lage für den westdeutschen Imperialismus nicht endgültig gesichert ist, sind nicht nur die Bedingungen der proletarischen Revolutionen in der DDR, in Westberlin und in Westdeutschland auch in den nächsten Jahren noch andere, solange kann und wird sich auch Widerstand gegen den Prozeß der Einverleibung der DDR auf unterschiedliche Weise entwickeln.

Diesen nach allen Kräften zu unterstützen, zu stärken und vorwärtszuentwickeln ist völlig unmöglich, wenn die weit vorangeschrittene Einverleibung der DDR als "Fakt" einfach hingenommen werden würde. Vielmehr kann der Widerstand dagegen heute und in den nächsten Jahren nur dann mit maximaler Kraft unterstützt und vorangetrieben werden, wenn dies auf klaren revolutionären Standpunkten geschieht.

Dies heißt für uns Westberliner Marxisten-Leninisten heute und in den nächsten Jahren vor allem, die **proletarische Revolution unter den besonderen Bedingungen Westberlins** vorzubereiten und diese zu propagieren, und zwar so lange wie noch davon ausgegangen werden kann und muß, daß der westdeutsche Imperialismus die Westberlin-Frage nicht endgültig in seinem Sinne "erledigt" hat.

Unserer Linie zur proletarischen Revolution, die wir seit Anfang der siebziger Jahre erarbeitet haben, läßt sich in den folgenden Kernthesen zusammenfassen:

*** Westberlin gehört niemals rechtmäßig zur Bundesrepublik. Der Kampf gegen die Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus ist nicht nur ein Kampf zur Verteidigung der historischen Wahrheit und Gerechtigkeit. Er bedeutet zugleich, dem weiteren Machtzuwachs des westdeutschen Imperialismus Widerstand entgegenzusetzen und den Kampf gegen ihn mit der Perspektive der Zerschlagung**

seines Staatsapparates in Westberlin durch die proletarische Revolution zu führen.

* Die faktische Einverleibung Westberlins hat dazu geführt, daß der westdeutsche Imperialismus zunehmend seine Macht in allen Bereichen ausübt. Für das Proletariat Westberlins bedeutet das, daß seine wirtschaftliche und soziale Lage ähnlich der des Proletariats in Westdeutschland ist, daß sich auch seine Tageskämpfe eng verbunden mit der Arbeiterklasse Westdeutschlands entwickeln.

* Diese Gegebenheiten, die für das Heranreifen der Revolution wichtig sind, bedeuten jedoch nicht, daß die proletarische Revolution in Westberlin ein Anhängsel oder ein Teil der Revolution in Westdeutschland ist. Denn der bürgerliche Staatsapparat, der gewaltsam in der proletarischen Revolution zerschlagen werden muß, ist in Westberlin von einer Fülle von Besonderheiten gekennzeichnet. Die herausragende ist, daß der westdeutsche Imperialismus in Westberlin zwar über starke paramilitärisch ausgebildete Polizeiverbände verfügt - die mit 20 000 Mann weltweit relativ größte Stadtpolizei - nicht aber über eine Armee. Diese wird von den amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten gestellt: 3000 Mann von den US-Imperialisten, je 1500 Mann von den anderen.

* Unter den Bedingungen, daß Westberlin inmitten der kapitalistisch-revisionistischen DDR liegt, hat diese Insellage zentrale Bedeutung für die langfristige Perspektive der proletarischen Revolution. Ein Anschluß an eine solche DDR, in der die neue Bourgeoisie ihre Herrschaft errichtet hat, mit den Truppen der russischen Sozialimperialisten an ihrer Seite, kann nicht in Frage kommen. In dieser Lage wird sich eine siegreiche proletarische Revolution in Westberlin, selbst mit Keimen der Diktatur des Proletariats, niemals längere Zeit alleine halten können, da die ökonomischen Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus nicht ausreichend sind.

* Hieraus konnte und kann nur eine einzige marxistisch-leninistische Schlußfolgerung gezogen werden: die Perspektive der proletarischen Revolution in Westberlin hängt sehr eng mit derjenigen in der DDR

zusammen, die das Ziel verfolgt, die neue Bourgeoisie und ihren Staatsapparat gewaltsam zu zerschlagen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Erst unter dieser Voraussetzung wäre ein Anschluß Westberlins an eine wirklich sozialistische DDR möglich.

* Unter den Bedingungen der Existenz zweier reaktionärer deutscher Staaten, des Staates der westdeutschen Imperialisten, der BRD und des Staates der neuen Bourgeoisie der DDR, ist die proletarische Revolution in Westberlin eng verbunden mit der Entwicklung der proletarischen Revolution in beiden deutschen Staaten, hinsichtlich ihres Heranreifens enger mit der in Westdeutschland, hinsichtlich ihrer Perspektive mit der in der DDR. Dennoch kann dem westberliner Proletariat die eigenständige Aufgabe niemand abnehmen, den bürgerlichen Staatsapparat in der bewaffneten Revolution vollständig zu zerschlagen, weder die Arbeiterklasse Westdeutschlands, noch die der DDR. Dies kann nur das Werk der Arbeiterklasse Westberlins selbst sein. Aus diesem Grund braucht es seinen eigenen Kampfstab, seine eigene marxistisch-leninistische Partei.

* Aus diesen konkreten Bedingungen der proletarischen Revolution in Westberlin ergibt sich die unbedingte Aufgabe, eng mit der jeweiligen Geschwisterorganisation zusammenzuarbeiten. In Westdeutschland ist das "Gegen die Strömung", die Organisation für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands. In der DDR gab und gibt es keine ernstzunehmenden Ansätze zur Bildung einer antirevisionistischen, wirklich marxistisch-leninistischen Partei.

Zweifelsohne haben sich schon einige Bedingungen geändert und werden sich im Laufe der nächsten Jahre aller Voraussicht nach weiter ändern. So ist nicht zu übersehen, daß die DDR als selbständiger Staat der neuen Bourgeoisie bereits zerfallen ist und die westdeutschen Imperialisten mit ihren kolonialistischen Unterapparaten in der DDR die Macht kontrollieren, wobei aber nicht unerhebliche Reste der alten Staatsmacht weiterbestehen. Allerdings bleiben die Truppen der russischen Sozialimperialisten noch stationiert. Auch ist es ihnen gelungen, die Alliierte Oberhoheit in Westberlin durch ihre eigene zu erset-

zen, auch wenn faktisch die Truppen der ehemaligen Alliierten noch in Westberlin als Militärmacht vorhanden sind.

Die hier dargelegten Standpunkte zu den Bedingungen der proletarischen Revolution in Westberlin lassen erkennen, inwieweit es dem westdeutschen Imperialismus gelungen ist, diese in seinem Sinne zu verändern. Sie lassen aber auch deutlich werden, daß die Westberlin-Frage und die Einverleibung der DDR noch nicht vollständig "gelöst" sind, auch wenn der westdeutsche Imperialismus mit dem rasanten Tempo, daß er bis jetzt vorgelegt hat, gerade diesen Eindruck erwecken will. Tatsächlich wird auf einige Jahre hinaus die Lage keineswegs stabil sein.

Gerade deshalb dürfen diese Standpunkte nicht nach den Vorgaben der westdeutschen Imperialisten aufgegeben werden.

Die hier umrissene Linie des WBK war und ist für die nächsten Jahre die einzig mögliche Lösung der Westberlin-Frage mit der Perspektive der proletarischen Revolution in Westberlin, der Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung durch die Bourgeoisie. Diese

Linie der revolutionären Lösung der Westberlin-Frage bedeutet den maximalen Beitrag des westberliner Proletariats zur Schwächung des westdeutschen Imperialismus, der vollständig nur durch die proletarische Revolution in Westdeutschland zerschlagen werden kann.

Mit der Einverleibung der DDR im "Blitzverfahren" setzt der westdeutsche Imperialismus nicht nur auf die Überrumpelung und Demoralisierung der Menschen; er befürchtet zurecht auch, daß noch erhebliche Widerstände entstehen könnten. Die westdeutschen Imperialisten haben nicht alles im Griff. Es wird noch Jahre keine geklärten Verhältnisse geben. Das Projekt der stabilen Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik, trotz eines zerfallenen und weitgehend aufgelösten Staatsapparates der revisionistischen neuen Bourgeoisie der DDR, ist noch lange nicht "abgeschlossen".

Das ist Grund genug, nicht die von ihnen geschaffenen "Tatsachen" einfach hinzunehmen. Es gilt, mit allen Möglichkeiten zu rechnen und gleichzeitig muß die reale weitere Entwicklung sorgfältig analysiert werden.

Die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Westberlin unterscheiden sich aufgrund der unterschiedlichen ökonomischen und politischen Situation, der Arbeits- und Lebensbedingungen und vor allem aufgrund der ganz anderen Vorgeschichte noch erheblich von denen in Westdeutschland und erst recht von denen in der DDR. Die Kämpfe gegen die Einverleibung und die Abwälzung der Kosten auf ihren Rücken können und werden sich mit anderen Erfahrungen jeweils auf unterschiedliche Weise entwickeln. So wie es jetzt aussieht, muß es nicht bleiben.

Weil jede vorschnelle Änderung der Linie nichts anderes wäre als eine Anpassung an das Tempo und den Druck der Herrschenden, weil jegliche organisatorischen Ansprüche auf die DDR oder "Vereinigungskonzepte", wie sie die Pseudomarxisten der "Linken Liste" mit der PDS, dem Wurmfortsatz der revisionistischen SED vorführen, nichts anderes sind als Widerspiegelung der Einverleibungspolitik der westdeutschen Imperialisten, behaupten wir unsere Position.

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Nummer 34
September 1987
Preis DM 4

Zu den Ereignissen in Kreuzberg und beim Reagan-Besuch:

Der Staat schlägt zu!



**Rebellion gegen diesen
Unterdrückerstaat ist berechtigt!**

Ohne eine sozialistische Revolution in der DDR, ohne eine sozialistische Revolution in Westberlin, ohne eine sozialistische Revolution in Westdeutschland, ohne alle diese Vorbedingungen, bedeutet jede wie auch immer gefärbte Politik der "Wiedervereinigung" eine direkte Unterstützung für den westdeutschen Imperialismus.

Der Kampf gegen die Einverleibung Westberlins, der Kampf gegen die Einverleibung der DDR kann und darf nicht mit dem 3. Oktober 1990 zu Ende sein, denn dies wäre nur im Interesse des westdeutschen Imperialismus. Nein, dieser Kampf muß fortgesetzt und verstärkt werden.

Es ist ein Kampf zur Verteidigung der historischen Wahrheit und Gerechtigkeit, ein Kampf

zur Verteidigung der legitimen Interessen und Rechte vor allem der Völker, die gegen den Nazi-Faschismus mit so unermesslichen Opfern gekämpft haben.

Es ist ein Kampf gegen die Abwälzung der "Kosten der Vereinigung" auf die Arbeiterklasse und die Werktätigen, gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Es ist ein Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und seinen weiteren Machtzuwachs.

Es ist schließlich vor allem ein Kampf für die Vorbereitung der proletarischen Revolution unter den besonderen Bedingungen Westberlins

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen ...

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS, REVANCHISMUS UND MILITARISMUS !



Aus WBK-Flugblatt November 1990

Keine Bundeswehr in Westberlin!

**"DIESEM SYSTEM KEINEN MANN
UND KEINEN GROSCHEN!"**

(Karl Liebknecht)

Kreiswehrrersatzamt, Wehrrfassung, Musterung, Eignungstest, Einberufungsbescheid, Fahneneid ... daran sollen wir uns gewöhnen, wenn es nach dem Willen der westdeutsche Imperialisten geht. Für sie ist die Einführung der Wehrpflicht in Westberlin beschlossene Sache. Es ist also höchste Zeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen! Wer nicht demnächst auf seine Kriegstauglichkeit untersucht, in eine Bundeswehruniform gesteckt, auf dem Kasernenhof gedrillt und ins Manöver oder in den Krieg geschickt werden will, muß jetzt den Rekrutierungsplänen der westdeutschen Militaristen entgegentreten.

Das ist einfach und klar. Genauso klar liegt aber auch auf der Hand, daß gegen die Einführung der Wehrpflicht, gegen Bundeswehr und Militarisation nur richtig Widerstand geleistet werden kann, wenn der Kampf gegen die Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus geführt wird. Westberlin war nie Teil der Bundesrepublik, und welche Verträge die westdeutschen Imperialisten auch abgeschlossen haben, die Einverleibung Westberlins bleibt Unrecht!

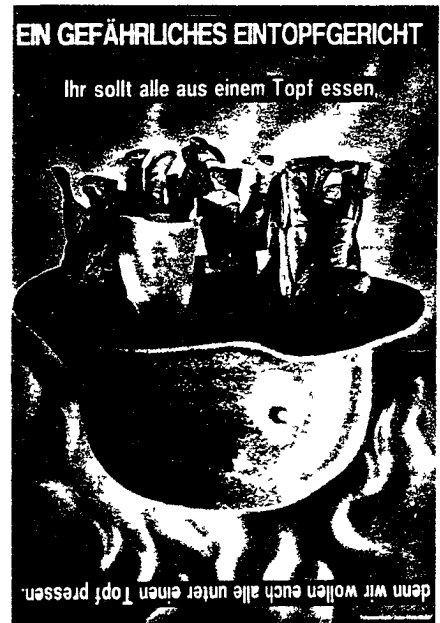
Kampf der Bundeswehr und dem westdeutschen Militarismus

Das Gerede von der "gewachsenen Verantwortung", den "internationalen Verpflichtungen", der "Weltmachtrolle der Bundesrepublik" wie es von Reps und CDU, über die SPD bis zu den Grünen zu hören ist, zeigt, daß die westdeutschen Imperialisten entschlossen sind, ihre Großmachtinteressen künftig noch ungenierter geltend zu machen und auch militärisch durchzusetzen. Nicht, daß sie bisher Skrupel besessen oder nicht über die erforderlichen Mittel verfügt hätten; die chauvinistische Mobilisierung im Zuge der sog. "Wiedervereinigung" aber erleichtert es ihnen merklich, die öffentliche Meinung auf militärische Operationen einzustimmen und diese in die Tat umzusetzen.

Der Einmarsch des reaktionären irakischen Baath-Regimes in Kuwait und die Besetzung dieses nicht minder reaktionären Staates boten die willkommene Gelegenheit, militärisch aktiv zu werden. Sechs Minensuchboote der westdeutschen Kriegsmarine, auf die nicht von ungefähr zahlreiche einfache Wehr-

pflichtige befohlen wurden, operieren bereits seit mehreren Wochen im Mittelmeer.

So wird weiter laut darüber nachgedacht und konkret geplant, Einheiten der Bundeswehr an die türkisch-irakische Grenze zu verlegen, um in der sich zuspitzenden Lage im Nahen Osten mit Waffengewalt präsent zu sein. Es geht dabei nicht nur darum, für die westdeutschen Imperialisten den Zugriff auf die Ölquellen zu sichern und überhaupt ihren Einfluß militärisch zu untermauern und auszudehnen. Die Armee der Türkei, die mit G-3-Sturmgewehren und Leopardpanzern aus westdeutschen Waffenschmieden ausgerüstet ist, führt seit Jahren Krieg gegen das kurdische Volk. Es ist völlig klar, daß es bei der Stationierung von Bundeswehreinheiten in Kurdistan auch darum geht, dessen Befreiungskampf in enger Zusammenarbeit mit dem faschistischen Militärregime niederzuschlagen. Der im Irak lebende Teil des kurdischen Volkes hat mit den westdeutschen Imperialisten bereits grausame Erfahrungen



gemacht; das Giftgas, mit dem das Baath-Regime 1988 im Norden des Irak fast 10.000 Kurden ermordete, stammte aus der von westdeutschen Firmen errichteten Produktionsanlage in Samarra.

Jeder Wehrpflichtige in Westberlin, der einen Gestellungsbefehl der Bundeswehr bekommt, muß damit rechnen, bei einer militärischen Aggression der westdeutschen Imperialisten am Golf eingesetzt zu werden, die Weisung zu erhalten, auf Freiheitskämpfer zu schießen, als Kanonenfutter für die Herrschenden herhalten zu müssen. Wen "das Vaterland ruft", der wird zu diesem Zweck über den Exerzierplatz gejagt, der soll nicht nur Erde fressen, sondern auch die widerwärtigen großdeutschen Parolen, damit er "brauchbares Material" für die Generäle abgibt. Dazu darf es nicht kommen. LASST EUCH NICHT ZU WERKZEUGEN EINER VERBRECHERISCHEN POLITIK MACHEN!

Die Bundeswehr ist eine Aggressionsarmee nach außen und eine Bürgerkriegsarmee nach innen. Egal unter welchen Vorwänden und in welchem Rahmen die westdeutschen Imperialisten ihrer Bundeswehr den Marschbefehl erteilen, innerhalb oder außerhalb der NATO, unter der UNO-Flagge oder unter Schwarz-Rot-Gold, es wird marschiert und geschossen einzig und allein für die Profite der Kapitalisten, für die hochgesteckten Pläne einer ausbeutenden und unterdrückenden imperialistischen Großmacht, gegen die Lebensinteressen derjenigen, die ausgebeutet und unterdrückt werden - hier und in anderen Ländern.



Frau Riedmüller und die Militarisierung

Was hat die Wissenschaftssenatorin Riedmüller (SPD) mit der Bundeswehr zu schaffen? Einiges sogar: Neulich empfing sie in Westberlin Bundeswehrsoldaten, was bis vor kurzem noch nicht möglich gewesen wäre. Ein Novum für Westberlin, nicht so für Frau Riedmüller: Diese war nämlich an der Bundeswehrhochschule in München als Dozentin tätig und konnte dort schon einmal den Umgang mit Soldaten, Offizieren etc. üben. Dort hat sie wohl auch den letzten Schliff für ihren jetzigen Posten erhalten.

Militarisierung bedeutet mehr als die Einführung der Wehrpflicht. Schon vor dem 3. Oktober war Westberlin auf vielfältige Weise in das Aufrüstungs- und Kriegsprogramm des westdeutschen Imperialismus eingebunden. So wurde bei Siemens und AEG Rüstungsforschung betrieben. Diese Firmen produzieren z.B. auch elektronische Bauteile für Raketen und andere Waffen.

Typisch für den deutschen Militarismus preußischer Tradition ist seine Ausbreitung in alle Gebiete des öffentlichen Lebens, das Bestreben, alle Bereiche in die Kriegsplanung einzubeziehen und ideologisch auszurichten. Mit der Ausdehnung der Bundeswehr auf Westberlin wird sich die Militarisierung hier verstärken: Wenn es nach dem Willen der westdeutschen Imperialisten geht, werden öffentliche Rekrutenvereidigungen, Paraden und Konzerte des Bundeswehrorchesters bald das kulturelle Angebot "bereichern". Jugendoffiziere der Bundeswehr dürfen endlich auch an westberliner Schulen ihr Unwesen treiben und die großen Vorteile ausmalen, die eine Verpflichtung als Zeitsoldat oder ein Studium an der Bundeswehrhochschule angeblich so mit sich bringen. "Luftschutz"-Übungen, Ausbau der Rüstungs- und Waffenproduktion - mit all dem und noch weit mehr ist zu rechnen.

Zunehmende Militarisierung bedeutet: verstärkte Schürung von deutschem Chauvinismus und Rassismus, die jetzt schon erschreckende und beschämende Ausmaße angenommen haben; forcierte Verbreitung der deutschen "Tugenden" Staatsgläubigkeit, Untertanengeist und Kadavergehorsam; Rechtfertigung der Eroberungskriege und Kriegsverbrechen des deutschen Faschismus und Verherrlichung der "militärischen Leistungen" der Wehrmacht; Propagierung der Bundeswehr als "Schule der Nation" und der preußischen Feldweibel als ihre Lehrmeister.

von westdeutschen Offizieren befehligt und baldmöglichst mit modernen Waffen einschließlich Leopardpanzern ausgestattet werden. Dazu kommen zwei Geschwader der westdeutschen Luftwaffe, die mit "Phantom"-Flugzeugen abwechselnd verschiedene Militärflugplätze in der DDR belegen sowie Kampf- und Versorgungsschiffe der Bundesmarine, der neue Ostseestützpunkte in die Hände fallen.

Damit stehen die nach vorne in ehemaliges Feindesland verlegten "deutschen Verbände der Territorialverteidigung" mit Panzern, Jagdbombern und Kriegsschiffen an der Oder-Neiße-Grenze, die die westdeutschen Imperialisten bis heute nicht völkerrechtlich verbindlich anerkannt haben. Sie stehen wieder an der Grenze zu Polen, das im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht des deutschen Faschismus in einem Ausrottungs- und Vernichtungsfeldzug überfallen und buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht wurde. Die Durchsetzung dieser ungeheuren Provokation ist wesentlicher Bestandteil des Programms des westdeutschen Imperialismus, alle Beschränkungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands vor den Mächten der Anti-Hitler-Koalition ergeben haben, endgültig loszuwerden und freie Hand zu bekommen.

Der deutsche Imperialismus war 1945 geschlagen, aber nicht zerschlagen. Das kapitalistische System blieb im westlichen Teil Deutschlands unangetastet, so daß der Weg zu alter Macht und Herrlichkeit bald wieder eingeschlagen werden konnte. Längst ist der westdeutsche Imperialismus wieder ökonomisch, politisch und militärisch eine imperialistische Großmacht, die getrieben vom Stachel des Profits nach Weltherrschaft strebt. Gierig trachtet sie nach Revanche für die Nazi-Faschisten beigebrachte Niederlage und bereitet sich auf einen Krieg um die Neuaufteilung der Welt, der Einflußsphären, Rohstoffquellen und Absatzmärkte vor. Seine Armee, die Bundeswehr, steht in allen Belangen in der Tradition des preußischen Militarismus; sie ist geprägt von Revanchegeist und großdeutschem Chauvinismus. Sie ist die Nachfolgerin der Reichswehr des Kaiserreichs und der faschistischen Wehrmacht, den bewaffneten Formationen, auf die gestützt der deutsche Imperialismus bereits zweimal in der Geschichte nach der Weltherrschaft gegarriert hat.

x x x

Der westdeutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus - eine Großmacht auf dem Vormarsch

Die Ausdehnung seiner militärischen Macht im Zuge der Einverleibung der DDR und Westberlins begleitet der westdeutsche Imperialismus mit einem massiven Abrüstungsschwindel, der von seiner zunehmenden Aggressivität und Gefährlichkeit ablenken soll. Es ist jedoch leicht erkennbar, daß durch die bis 1994 vereinbarten Reduzierungen an Personal und Waffen für die "gesamtdeutsche Armee" die hochmoderne und hochgerüstete westdeutsche Bundeswehr im wesentlichen nicht angetastet wird. Die bereits vorgenommene Verkürzung der Wehrdienstdauer hat außerdem den Effekt, daß sich die Anzahl der eingezogenen Rekruten und damit das Reservistenheer

erhöht. Es wird "rationalisiert", was die Schlagkraft keineswegs mindert - ganz abgesehen davon, daß eine erneute Aufstockung, wenn es darauf ankommt, nicht sonderlich schwierig durchzuführen ist. In Mobilmachungen haben die Herrschenden hierzulande lange Erfahrung.

In der gegebenen Situation ist es für die westdeutschen Imperialisten wesentlich, daß sie ihre militärische Kommandogewalt bis an die Oder ausgedehnt haben. Dem "Bundeswehrkommando Ost" sind dabei nicht nur die 50.000 "übernommenen" ehemaligen NVA-Soldaten und die bereits neu eingezogenen Wehrpflichtigen unterstellt, die natürlich

Die westdeutschen Imperialisten betreiben ihre Kriegsvorbereitungen unter den Parolen der "Liebe zu Deutschland" und der "Verteidigung des Vaterlandes". Bereits das Kommunistische Manifest antwortete der chauvinistischen Propaganda der Bourgeoisie: "Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben." Das System des westdeutschen Imperialismus, das auf der Ausbeutung

der übergroßen Mehrheit durch eine Minderheit von Kapitalisten beruht, das andere Völker unterdrückt und ausplündert, sie mit Krieg bedroht, das nicht zögern wird, seine zerschlossene bürgerlich-demokratische Maske vollends abzuwerfen und eine offen terroristische Herrschaft zu errichten, wenn die Interessen der Ausbeuterherrschaft dies verlangen, dieses System verdient es nicht "verteidigt", sondern

nur in der proletarischen Revolution gewaltsam zerschlagen zu werden.

Kämpfen wir für dieses Ziel unter der Losung Karl Liebknechts: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Tod dem westdeutschen Imperialismus!

Flugblätter des WBK

DIE DDR IST OFFEN - KAMPF DEM WESTDEUTSCHEN REVANCHISMUS!
(November 1989)

"Keinen Kindertag ohne den Tarifvertrag!"
**AUSDAUER UND ENTSCHLOSSENHEIT
DER STREIKENDEN MACHEN MUT FÜR
KOMMENDE ARBEITSKÄMPFE!**
(Februar 1990)

DDR 18. März
**"FREIE WAHL" ZWISCHEN PEST
UND CHOLERA!** (März 1990)

Gegen die Provokationen des westdeutschen Revanchismus
**DIE ODER- NEISSE- GRENZE
IST UNANTASTBAR!** (April 1990)

**KEIN SCHWARZ-ROT-GOLDENER -
EIN ROTER 1. MAI!** (Mai 1990)

**DIE GIFTGASGESCHÄFTE DES
WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS
DIENEN DER KRIEGSVORBEREITUNG**
(Juni 1990)

Gegen Herrenmenschenstandpunkt und Deutschtümelei
**DIE ANTIPOLNISCHE HETZE
BEKÄMPFEN!** (Juli 1990)

"Es gibt Zeichen, die werden zum Symbol"
**DER MERCEDES- STERN ÜBER DEM
POTSDAMER PLATZ** (August 1990)

Kriegsschiffe der Bundesmarine im Mittelmeer:
**DIE KANONENBOOTPOLITIK DES
WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS
IM NAHEN OSTEN BEKÄMPFEN!**
(September 1990)

Gegen die Einverleibung der DDR! Gegen die Einverleibung Westberlins! Gegen die Revision der Geschichte!
**TOD DEM WESTDEUTSCHEN
IMPERIALISMUS!** (Oktober 1990)

Zusendung gegen Vorauserstattung des Portos

VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

- ☉ Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin in verschiedenen Sprachen
- ☉ Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale
- ☉ Veröffentlichungen von WESTBERLINER KOMMUNIST, GEGEN DIE STRÖMUNG und ROTE FAHNE
- ☉ Antiimperialistische, antifaschistische Veröffentlichungen aus einigen Ländern

Öffnungszeit: Mittwoch 16 - 18.30
Brunhildstr. 5, 1000 Westberlin 62
(Nähe U-Bhf. Kleistpark)

Aus WBK-Flugblatt Dezember 1990

Polizeiterror der westdeutschen Imperialisten gegen die
Hausbesetzer-Bewegung in Berlin/DDR

WEITER GEGEN DIE EINVERLEIBUNG DER DDR KÄMPFEN !

Im Morgengrauen des 14. November räumten 4000 Polizisten, vor allem aus Westdeutschland und Westberlin, darunter Sondereinsatzkommandos, sowie BGS mit Panzern, Wasserwerfern, Blind-Schock-Granaten und Schußwaffeneinsatz besetzte Häuser in Berlin/DDR gegen den mutigen und militanten Widerstand der Besetzer. Ein ganzes Stadtviertel wurde abgeriegelt, auch noch lange nach der Räumung sperrte die Polizei die Mainzer Straße und kontrollierte die Anwohner und Passanten. Dies war die bisher größte Machtdemonstration des westdeutschen Imperialismus nach dem 3. Oktober. Es war staatlicher Terror in kaum gekanntem Ausmaß, auch verglichen mit westberliner Verhältnissen. Mehr als dreihundert Besetzer/innen wurden festgenommen, viele verletzt, zum Teil schwer, unter ihnen zwei durch Schüsse der Polizei.

Folgen der Einverleibung: Verschärfung der Wohnungsnot und Staats- terror des westdeutschen Imperialismus in Berlin/ DDR

Der Einsatz der westdeutschen Bürgerkriegstruppe BGS in Westberlin und in Berlin/DDR, der Einsatz westberliner Bereitschaftspolizei gegen Ost-Berliner Hausbesetzer, das Kommando des westberliner Polizeipräsidenten über die Ost-Berliner Polizei - all das sind die politischen Konsequenzen der Einverleibung Westberlins und der DDR durch den westdeutschen Imperialismus.

Das revisionistisch-kapitalistische SED-Regime und die nachfolgende de Maizière-Konkursverwalter-Regierung ließen allein in Berlin/DDR an die 25.000 Wohnungen verkommen und leerstehen. Die revanchistische Einverleibung hat die bereits vorhandene Wohnungsnot noch drastisch verschärft.

Für mindestens ein Drittel der insgesamt 600.000 Wohnungen in Berlin/DDR liegen inzwischen sogenannte "Rückführungsanträge" ehemaliger Hausbesetzer, die heute in Westberlin oder Westdeutschland leben, vor. Die Mieten in den betreffenden Häusern werden in absehbarer Zeit förmlich explodieren und zahlungsfähige Mieter aus Westberlin oder

Westdeutschland werden die Ost-Berliner verdrängen. Kapitalistische Spekulanten und spekulierende Kapitalisten stehen Schlange, um aus der Wohnungsnot Profit zu schlagen. So soll der "Paech"-Brot-Fabrikant Schiesser, der bekannt wurde, als er die bankrotte "Neue Heimat" für 1 DM erwarb und für mehrere Millionen DM "Entschädigung" wieder an den DGB zurückverkaufte, ein Angebot für die zwölf besetzten Häuser in der Mainzer Straße vorgelegt haben. Die Betriebskosten (Gas, Strom etc.) haben sich für die Mieter in Berlin/DDR schon verdrei- bis vervierfacht. Die qm-Miete wird sich auch in den Wohnungen der kommunalen Wohnungsverwaltungen ab Januar von 1 DM auf 2 DM verdoppeln - und das ist nur der Auftakt.

Auch die weitere Zuspitzung der akuten Wohnungsnot in Westberlin ist eine indirekte soziale Folge der revanchistischen Einverleibung. Die Hauptstadt- und Olympia-Pläne des westberliner Senats treiben die Mieten in die Höhe, führen bei Neuvermietungen dazu, daß ein qm-Preis von 20 DM kalt 'normal' ist. Das zwingt besonders Jugendliche, die nur Lehrlingslohn, Sozialhilfe oder BAFÖG beziehen, dazu, sich Wohnmöglichkeiten in Berlin/DDR zu beschaffen, da die Mieten dort - noch - billiger sind.

Aus all diesen Gründen ist die Besetzung leerstehender Häuser und Wohnungen, allesamt Objekt der Begierde vor allem

westberliner und westdeutscher Spekulanten, durch die Ost-Berliner Hausbesetzerbewegung und ihre Verteidigung gegen die Angriffe des westdeutschen Imperialismus gerecht. Die solidarische Beteiligung von westberliner Jugendlichen ist nur allzu verständlich.

Ein wesentlicher Grund für die Machtdemonstration des westdeutschen Imperialismus in Berlin/DDR war der Versuch, die Proteste gegen die Folgen der Einverleibung der DDR zu begrenzen. Die Wohnungsfrage ist da nur ein Teilbereich. Noch wichtiger: massenhafte Betriebs-schließungen; weitgehende Einstellung der Agrarproduktion; zweieinhalb Millionen Arbeitslose und praktisch arbeitslose Kurzarbeiter; die massenhafte Vertreibung der Frauen aus den Fabriken; ein im Vergleich zu Westdeutschland und Westberlin fast halbiertes Lohn bei gleichen Warenpreisen; die rapide Verarmung von Millionen von Rentnern sind Folgen, die in ihrer Wirkung noch nicht einmal voll zum Zug gekommen sind.

Es gibt keine Wahl!

Denn:

Am 2. Dezember soll die
Einverleibung der DDR
und Westberlins durch
den westdeutschen
Imperialismus legitimiert
werden.

WESTBERLINER KOMMUNIST
Organ für den Aufbau der revolutionär-kommunistischen Partei Westberlins

Aufkleber des WBK zu den "gesamtdeutschen Wahlen" im Dezember 1990

Diese Machtdemonstration diente auch dem Zweck, mit allen Mitteln zu verhindern, daß aus einem Kampf gegen die sozialen und politischen Folgen der revanchistischen Einverleibung ein Kampf gegen die Einverleibung selbst wird. Zu Recht sehen sich die Werktätigen der DDR "über den Tisch gezogen". Sie könnten auf den Gedanken kommen, die ganze "deutsche Einheit" zum Teufel zu wünschen. Der westdeutsche Imperialismus will deshalb die Einverleibung der DDR um jeden Preis unumkehrbar machen.

**Konsequenz aus der Einverleibung der DDR
durch den westdeutschen Imperialismus:
Staatlicher Terror von westdeutschem BGS
und Pätzold-Polizei in Ost-Berlin!**



**SOLIDARITÄT MIT DEM MUTIGEN UND
ENTSCHLOSSENEN KAMPF DER OST-
BERLINER HAUSBESETZER UND
HAUSBESETZERINNEN!**

Es geht nicht nur um neue Kapitalanlagenmöglichkeiten. Mehr noch, sie stärkt ihn politisch und ökonomisch im internationalen Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte um weltweite Vorherrschaft. Die Karten werden neu verteilt, die Einflußsphären neu abgesteckt. Der west-

deutsche Imperialismus will mit deutscher Arroganz alle noch vorhandenen Beschränkungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands vor den Mächten der Anti-Hitler-Koalition ergeben haben, endgültig loswerden und freie Hand bekommen.

**Der Ost-Berliner
Magistrat – Erfüllungsge-
hilfe des westberliner
Senats**

Auf dem Territorium der ehemaligen DDR regiert heute der westdeutsche Imperialismus. Er hat sich den ehemaligen Staatsapparat der DDR untergeordnet, vor allem die Bürokratie und Teile der bewaffneten Formationen wurden übernommen und ihnen westdeutsche bzw. westberliner "Spezialisten" vorangestellt.

Bei den Räumungen der Häuser in der Mainzer Straße besorgte die Ost-Berliner Polizei unter westberliner Kommando die Abriegelung des Stadtviertels, um den westberliner und westdeutschen Prügelkollegen den Rücken frei zu halten – ein Beispiel für eine gelungene Ost-West-Kooperation.

Der Magistrat Ost-Berlins hatte die seit Sommer laufenden Verhandlungen mit den Besetzern solange hingezogen, bis er nach dem 3. Oktober erklärte, nicht mehr er, sondern der westberliner Senat sei jetzt zuständig. Dieser ließ dann prompt räumen. Der Magistrat Ost-Berlins erklärte sein Einverständnis mit dem Polizeiüberfall, was er auch erst nachträglich tun konnte, weil er vorher nicht gefragt wurde. Der Magistrat erwies sich als ein willfähriger Erfüllungsgehilfe des westdeutschen Imperialismus.

Der westberliner Senat, egal mit welcher Partei an der Spitze, spielt sich, seitdem er Ende der vierziger Jahre die Spaltung der Stadt organisierte, unverfroren als Vertreter für ganz Berlin auf; er war und ist ein Instrument des westdeutschen Imperialismus und seines Revanchismus. Der westberliner Senat stand ebenso immer für die faktische Einverleibung Westberlins, das auf dem Territorium der DDR liegt und niemals rechtmäßig zu Westdeutschland gehört.

Auch wenn der westdeutsche Imperialismus in seiner tagtäglichen Propaganda glauben machen will, daß alles in seinem Sinn gelaufen sei, so müssen wir feststellen: Noch sind die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Westberlin von denen in Westdeutschland und erst recht von denen in der DDR sehr verschieden, können sich die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen die Einverleibung und die Abwälzung der Kosten auf ihren Rücken jeweils auf unterschiedliche Weise entwickeln.

In Erwägung

...

**In Erwägung, daß da Häuser stehen
Während ihr uns ohne Bleibe laßt**

**Haben wir beschlossen:
jetzt dort einzuziehen**

**Weil es uns in unsern Löchern
nicht mehr paßt.**

**In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht**

**Haben wir beschlossen:
nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.**

**In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht,
nicht traun**

**Haben wir beschlossen,
unter eigner Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben
aufzubauen.**

**In Erwägung:
Ihr hört auf Kanonen -
Andre Sprache
könnt ihr nicht verstehn -
Müssen wir dann eben,
ja das wird sich lohnen!
Die Kanonen auf euch drehn.**

B. Brecht

Solidarität mit dem Kampf der Hausbesetzerbewe- gung in Berlin/DDR

Gerade der Kampf der Hausbesetzerbewegung in Berlin/DDR hat gezeigt, daß eben noch nicht alles so gelaufen ist, wie sich das der westdeutsche Imperialismus mit der Einverleibung vorstellt.

Die Entschiedenheit, der Mut und die Militanz, mit der sie dem bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch des westdeutschen Imperialismus entgegentraten, hat begeistert.

Die Kämpfe um die Mainzer Straße haben vor Augen geführt: Der Gewalt der Herrschenden kann durchaus Widerstand entgegengesetzt werden, wenn die Kämpfenden die Regeln des westdeutschen Imperialismus brechen, wenn sie sich nicht auf Gewaltlosigkeit und Legalität festlegen lassen, wenn sie die Heiligkeit des Privateigentums nicht anerkennen, wenn sie nicht hinnehmen, was bürgerliche Parlamente und Gerichte vorschreiben.

Eine weitere Lehre muß sein: wer den Folgen der Einverleibung militant und konsequent entgegentreten will, muß auch gegen die Einverleibung selbst kämpfen.

Das hat das Vorgehen des westdeutschen Imperialismus gezeigt, als er in der Mainzer Straße seine Bürgerkriegstruppen aufmarschieren ließ, um diesen relativ kleinen Ansatz von Widerstand sich gar nicht erst entwickeln zu lassen. Und das wird sich wiederholen, solange der westdeutsche Imperialismus bei der Einverleibung weiter fortfahren kann.

Aber das beweist auch, daß sich der westdeutsche Imperialismus keineswegs so sicher ist, wie seine Propaganda glauben machen will. Und gegen alle, die behaupten, es sei alles schon gelaufen, sagen wir: es ist noch vieles möglich! Geht der imperialistischen Propaganda nicht auf den Leim!

So wichtig die solidarische Unterstützung aus Westberlin und Westdeutschland für die praktische Stärke der Hausbesetzer und Hausbesetzerinnen in der Mainzer Straße war und ist, ist dies keineswegs unproblematisch.

Glaubwürdig ist in diesem Kampf und in seiner Unterstützung als Westberliner/in oder Westdeutsche/r nur, wer die Einverleibungspolitik des "eigenen" Imperialismus bekämpft und sie nicht pragmatisch hinnimmt. Unglaubwürdig im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus ist, wer keinen Unterschied mehr macht, ob er/sie in Berlin/DDR oder Westberlin oder in Westdeutschland politisch handelt.

PDS - Fortsetzer des revisionistischen Verrats am Sozialismus

Die SED hat die, in der jungen DDR tatsächlich vorhandenen Ansätze für einen sozialistischen Weg schon Anfang der 50iger Jahre verraten. Sie hat die antifaschistisch-demokratische Ordnung praktisch beseitigt und ein zutiefst reaktionäres und revisionistisch-kapitalistisches Regime errichtet, das mit sozialistischen Phrasen verbrämt wurde. Sie hat die DDR Stück für Stück an den westdeutschen Imperialismus ausgeliefert, den Sozialismus in eine widerliche Karikatur verwandelt.

Dieselbe SED tritt heute als PDS auf. Sie versucht die Spuren zu verwischen, macht allein die alte Führung für den Bankrott der DDR verantwortlich und setzt auf das kurze Gedächtnis der Menschen. Der Parteivorstand der PDS erklärte im Zusammenhang mit den Häuser-räumungen: "Wir wissen, daß die heutigen sozialen Probleme auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ihren Ausgangspunkt in der verfehlten Gesellschaftspolitik der früher hier Mächtigen haben" (ND 20.11.90). So, als hätten die Mächtigen in der PDS nicht viel mit ihnen zu tun.

Die PDS verkauft sich heute endgültig als Variante der SPD und versucht, sich der Arbeiterklasse und den Werktätigen besonders in der DDR anzudienen, die am meisten unter den Folgen der Einverleibung zu leiden haben. Dabei wendet sie sich nicht gegen die revanchistische Einverleibung als solche, sondern stellt sich sozusagen als die 'besseren Wiedervereiniger' vor. In der gleichen Erklärung des Parteivorstandes heißt es weiter: "Erfahrungen der sozialen Ungerechtigkeit, des Nichtfunktionierens der Demokratie und der Rechtlosigkeit, wie sie durch die überstürzte Anschließpolitik für Bürgerinnen der ehemaligen DDR spürbar wurden, sind Auslöser von Radikalisierungen im Denken und Handeln. Sie werden durch Rufe nach 'Ruhe und Ordnung', nach einer 'starken Hand' nicht beseitigt, sondern verstärkt." (ebd.) An der "Anschließpolitik" kritisiert die PDS im Grunde nur, daß sie "überstürzt" war, "Radikalisierungen im Denken und Handeln" begrüßt sie nicht, ihr graust davor, weil sie auf dem Boden des Grundgesetzes des westdeutschen Imperialismus und seiner kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht. Sie sieht deshalb ihre Aufgabe darin, jetzt und in Zukunft soziale und politische Massenkämpfe in Reformismus, Legalismus und Pazifismus zu erdrosseln.

Im klaren Gegensatz zu solchen Kräften wie der PDS, müssen wir von der Erkenntnis ausgehen: der Kapitalismus kann nicht reformiert, er muß beseitigt werden. Dies kann nicht auf legalem oder pazifistischem Weg erfolgen, sondern nur durch die gewaltsame Zerschlagung dieser Gesellschaftsordnung.

Zur Wohnungsfrage.

von

Friedrich Engels.

Stuttgart, 1872.

Verlag des Verlegers des „Volksrecht“.

Titelblatt der Schrift „Zur Wohnungsfrage“ (Heft I)

Unser Ziel: Der Kommunismus.

Der Kommunismus als Endziel der Arbeiterbewegung beinhaltet im Grunde sehr einfache, klare und der geschichtlichen Logik folgende Antworten auf die brennendsten Fragen:

- * Statt privater Besitztümer an Fabriken, Grund und Boden und überhaupt an Produktionsmitteln im Interesse des Profits: **GESELLSCHAFTLICHER BESITZ** aller **PRODUKTIONSMITTEL!**
- * Statt mörderischer Konkurrenzkampf und Anarchie der Produktion nach dem Gesetz "der Stärkere frißt den Schwächeren": **PLANUNG DER WIRTSCHAFT DURCH DIE ARBEITER: DEN und DURCHSICHTIGKEIT DER WIRTSCHAFT FÜR DIE ARBEITENDEN!**
- * Statt Arbeit als Fluch, als Mittel zur Ausbeutung, statt die Arbeiter und Arbeiterinnen zu Anhängseln der Maschine zu machen und ihrer Unterordnung unter menschenunwürdige Formen der Arbeitsteilung: Die Arbeit als erstes Lebensbedürfnis der Menschen, nach ihrem Plan, ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen, und gestaltet im Interesse der Produzenten.
- * Statt Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in Ausgebeutete und Ausbeuter, in Stadt und Land, in Frauen und Männer: **Statt Spaltung in geistige und körperliche Arbeit: Freie ASSZIIATION der Schaffenden in voller Gleichberechtigung und Freiheit, ohne Unterdrückung und Ausbeutung.**
- * Statt Kriegen zwischen den Völkern, nationalem Haß und Rassenhaß: **freiwillige Verbindung der Völker zur Menschheit im Weltkommunismus!**

Die klaren, von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN wissenschaftlich erarbeiteten Umriss und Grundlagen einer künftigen kommunistischen Gesellschaftsordnung werden durch die gesamte gesellschaftliche Entwicklung immer zwingender und dringender. Der schreiende Widerspruch zwischen ungeheurem Reichtum, Milliarden, ja Billionen an Rüstungsgütern einerseits und riesigem Elend, Millionen von Toten in imperialistischen Kriegen und Hungersnöten andererseits wird immer offensichtlicher. Die ungeheuer gewachsenen Möglichkeiten auf technischem Gebiet, die Produktion zu vereinfachen, Waren, Konsumgüter im Überfluß herzustellen, die Arbeitszeit auf ein Minimum für alle herabzusetzen, durch neue Methoden die Übersicht, Durchsichtigkeit und Verbindung zwischen den Menschen umfassend zu gestalten auf der einen Seite – und auf der anderen Seite die Realität, daß die neuen technischen Möglichkeiten nur zur Schaffung eines riesigen Heeres von Arbeitslosen, zu noch brutalerer Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Werktätigen benutzt werden – all dies zeigt unwiderlegbar, daß **DER EINZIGE AUSWEG DER KOMMUNISMUS ist!**

Das Einfache, das schwer zu machen ist!

Das Endziel des Kommunismus zu erreichen, erfordert einen gigantischen und schwierigen Kampf, einen Kampf nach dem ersten Sieg der Revolution anhaltenden Klassenkampf der Arbeiter und Arbeiterinnen und ihrer Verbündeten gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt, es erfordert die Realisierung der **DIKTATUR DES PROLETARIATS!**

Diese Fortsetzung des Klassenkampfes unter den neuen Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse den Staatsapparat in ihre eigene Hände genommen, völlig neu aufgebaut und als scharfe Waffe im Klassenkampf gegen die alte Welt benutzt, als Waffe für den Aufbau des Sozialismus, und als Schutz für die sozialistische Demokratie, birgt in sich keinen gradlinigen Weg, sondern auch Niederlagen, die große historische Rückschritte auf dem gewundenen Weg zum Kommunismus bedeuten können.

Der Sieg der Revolution in der Sowjetunion, die dortige Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Unterdrückung der Aus-

beuter und ihrer Anhänger, die Siege der Völker in anderen Ländern nach der Niederlage des Nazi-Faschismus waren riesige Schritte vorwärts im gewaltigen Ringen zwischen den Kräften des Fortschritts und des Kommunismus und den Kräften der Reaktion und der Ausbeutung!

Die Unterschätzung der Gefahren in diesem gewaltigen Ringen, die Revision des Marxismus-Leninismus, die schleichen- Einnistung von alten Gewohnheiten der Ausbeutergesellschaft, von Bürokratismus und Privilegierung führten zu einer Situation, daß erneut in den von Ausbeutung befreiten Ländern neue Ausbeuterklassen entstanden sind, Cliquen, die den **KOMMUNISMUS VERRATEN** haben, die nun die Arbeiter und Arbeiterinnen unterdrücken, die mit dem Imperialismus gemeinsame Sache machen machen und sich mit ihm streiten, wenn es um Raubzüge gegen die Völker und die Verteilung der Beute geht.

Schon die Weltbourgeoisie heute die Möglichkeit, mit dem Fing auf den Bankrott jener Länder zu zeigen, deren Führungen sich selbst kommunistisch nannten und nennen, aber die Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Kommunismus, die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin längst völlig verraten haben.

Der Gedanke der **DIKTATUR DES PROLETARIATS** als schwieriger, aber einziger Weg zum Kommunismus kann nicht propagiert werden und einleuchtend popularisiert werden ohne Klarheit über die revisionistische Entartung ehemals sozialistischer Länder, ohne Zurückweisung sämtlicher Argumente, daß der Sozialismus – wie die Praxis ja beweist – undurchführbar sei, und daher angeblich die Verteidigung plus kleine Reformierung der blutrünstigen imperialistischen Gesellschaftsordnung das einzig "Machbare" sei!

Daher muß im Mittelpunkt kommunistischer Propaganda nicht nur das Endziel des Weltkommunismus als einzige Alternative zur verfaulten imperialistischen Gesellschaftsordnung stehen, sondern gerade auch die unbedingte Notwendigkeit der Sicherung und Erhaltung der Demokratie und Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen und ihrer Verbündeten durch die harte Diktatur des Proletariats über die Klassenfeinde!

Trotz alledem!

Das war der Kampfruf der SPARTACUS-GRUPPE um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, als sie der deutsch-chauvinistischen Welle im Weltkrieg entgegentraten und zum Sturz dieses Systems, zum **BÜRGERKRIEG, ZUR ZERSCHLAGUNG DES STAATSAPPARATS DER DEUTSCHEN BOURGEOISIE** aufriefen.

Trotz alledem!

Das war die Losung der von Ernst Thälmann geführten kommunistischen Partei auch in der dunklen Zeit des Faschismus, als viele Millionen, ohne Widerstand zu leisten, Hitler hinterherharrten.

Trotz alledem!

Trotz DGB-Führung und trotz "grünem" Gift, trotz tausendfachen Verrat der modernen Revisionisten, trotz Aberglauben in "diesen Staat", trotz Unglauben an die Möglichkeit des Aufbaus eines wirklichen Sozialismus, einer wirklichen Demokratie für die Arbeiter im System der Diktatur des Proletariats über alle Ausbeuter und Reaktionsäre ...

Trotz alledem!

Es gibt überhaupt keinen anderen Weg als den schwierigen, gewundenen, langen Weg über den Aufbau einer wirklich wissenschaftlich fundierten marxistisch-leninistischen Partei der Besten der Arbeiterklasse, die auf allen Gebieten den Kampf für die **KOMMUNISTISCHE GESELLSCHAFT** führt und an der Spitze der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, den unteren Schichten der anderen ausgebeuteten Werktätigen steht.